

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittags jeden Werktag. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten drei Haus für die Woche vom 3. bis 7. Febr. 55 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigenbaur für die angegebene Zeit, je nach dem Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 33.

Freitag, 8. Februar 1924.

31. Jahrgang.

Wo steht der Feind?

Gegen Stinnesgeist und Wirtschaftsgemeinschaft 1924!

Der Wahlkampf hat seinen Höhepunkt erreicht. Er läßt erkennen, daß die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien vergebens gewesen sind. Sie haben sich fieberhaft bemüht, einen Keil in die Sozialdemokratie zu treiben. Nach dem Prinzip: „teile und herrsche“ suchten sie Sozialisten gegeneinander auszuspielen. Umsonst! einheitlich und geschlossen steht die Sozialdemokratie im Wahlkampf. Weder persönliche Hege, noch Verleumdungen, noch Schlagworte vermögen ihre Geschlossenheit zu erschüttern. Denn es gilt, geschlossen den Ansturm der bürgerlichen Parteien abzuwehren.

Angesichts dieser Geschlossenheit greift die Wirtschaftsgemeinschaft zu einem letzten verzweifelten Mittel: in einem Flugblatt, das an bewußter Unschicklichkeit nicht übertroffen werden kann, versucht sie noch einmal, Arbeiter für sich zu gewinnen.

Arbeiter!

An Euch wenden sich jetzt die großkapitalistischen Kreise. Die Vertreter des Stinnesgeistes in Lübeck, der Deutschland ins Unglück gestürzt hat, wagen es jetzt, sich als die Retter Deutschlands aufzuspielen. Sie wagen es, der Sozialdemokratie die Schuld an dem Elend zuzuschreiben, das sie um ihres Profits willen auf Euch geladen haben.

Sie behaupten, die Sozialdemokratie habe Franzosenherrschaft über Deutschland, Krieg ins Land und Hunger für das ganze Volk gebracht.

Franzosenherrschaft: die wahnwichtige Politik Ludendorffs, die Profitgier Stinnes haben zum Frieden von Versailles geführt. Während die Sozialdemokratie sich um einen Verständigungsfrieden bemühte, haben die Deutschen Nationalen und die Stinnesleute jeden Friedensversuch bekämpft.

Krieg im Lande: wegen hunderttausend Telegraphenstangen hat der Reichskanzler Cuno unter dem Jubel von Volkspartei und Deutschen Nationalen die Franzosen die Ruhr besetzen lassen, im Geiste von Stinnes. Am 18. Juni 1922 schrieb die Deutsche Allg. Zeitung des Herrn Stinnes: Unzweifeliger Gegner einer Fortsetzung der Erfüllungspolitik ist Herr Stinnes freilich unter allen Umständen, selbst auf die Gefahr hin, daß es zu einer Besetzung des Ruhrgebietes kommt.“ Die Gegner der Erfüllungspolitik haben uns den Krieg ins Land gebracht. Die Parteien der Wirtschaftsgemeinschaft haben es so gewollt!

Hunger für das ganze Volk: Das wagen die zu sagen, die aus der Not des Vaterlandes ein Geschäft gemacht haben, die vom Elend und Hunger der Arbeiter, von den Tränen hungerrnder deutscher Kinder reich und mächtig geworden sind.

Wer trägt die Schuld?

Wer hat sich bereichert, während das Volk hungerte? — Die Herren von der Schwerindustrie.

Wer hat schamlos mit Reichsgeldern gegen das Reich gearbeitet? — Die Parteien der Wirtschaftsgemeinschaft.

Wer hat das Kapital ins Ausland verschoben, und deutschen Arbeitern damit Arbeitsgelegenheit genommen? — Stinnes und Leinesgelsen.

Wer hat die deutsche Steuergehegung sabotiert? — Volkspartei und Deutsche Nationalen im Parlament, die Kreise der Wirtschaftsgemeinschaft in der Wirtschaft.

Wer hat lieber den Feind ins Land gelassen, statt Steuern zu zahlen? — Die Parteien der Wirtschaftsgemeinschaft!

Rücktritt Rahrs?

Aus dem Regen in die Traufe.

Berlin, 7. Februar. Wie hier verlautet, wird Herr v. Rahr noch vor Beginn des Hitler-Prozesses sein Amt als Generalstaatskommissar niederlegen, das dann auf das Gesamtministerium oder auf einen von diesem beauftragten Minister übergehen dürfte. Für das Amt wurden die Namen Seißer und Epp genannt. Nach Rahr also ein Ueber-Rahr!

Die Zerstörung der Wirtschaft.

Abwanderung von Qualitätsarbeitern.

Bochum, 7. Februar. (Eig. Draht.)

Eine neue Gefahr für den Bergbau wird durch die Abwanderung der gelehrten Hauer heraufbeschwohren. Während die Bergbauunternehmer die Abkehr von 30 Prozent der ungelerten Belegschaft erstreben, veranlaßt die herrschende Krise gerade den technisch wertvollsten Teil der Bergarbeiter, die gelehrten Hauer, dem Bergbau oder doch wenigstens den am meisten von Feiern betroffenen Zechen, den Rücken zu kehren. In den Kreisen der Zechendirektoren, die dem Vorgehen der Unternehmer ablehnend gegenüberstehen, sieht man unter diesen Umständen der Zu-

besetzen die Sozialdemokraten die gewaltigen Unternehmungen, besetzen sie die Milliarden, die die Großindustrie dem Staate hinterzog?

Arbeiter!

Die heute so schamlos ihre eigene Schuld hinter Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie verbergen wollen, das sind die Kreise, die Euch wieder unter Herrschen heugen wollen, die Euch bei Hungerlöhnen verenden lassen, die das Kapital ins Ausland flüchten statt deutschen Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeit zu geben.

Das sind die gewissenlosen Ausbeuter der Not der Massen, des Unglücks des Vaterlandes, die wahren Verderber des Volkes:

Das ist die Wirtschaftsgemeinschaft von 1924!

Gebt ihr am 10. Februar die Antwort: wählt sozialdemokratisch!

Bürger!

Nur mit Unwillen könnt Ihr das Treiben jener sehen, die weite und die wertvollsten Teile des Bürgertums enteignen, ausgeraubt und ins Elend gestürzt haben. Jetzt enthüllen sie ihr wahres Gesicht. Wirtschaftsgemeinschaft: das sind die Vertreter des Stinnesgeistes. Sie wollen freie Bahn zu neuem Feldzug gegen das ganze Volk — auch gegen das Bürgertum.

Diktatur des Großkapitals: das bedeutet die Zerstörung der bürgerlichen Mittelschichten, die Träger des geistigen und technischen Fortschritts gewesen sind.

Gegen die Diktatur des Großkapitals gilt es zu kämpfen für die innere Freiheit, für Wohlfahrt und Kultur des ganzen Volkes, nicht einiger weniger.

Wähler!

Folgt nicht den Kreisen der Wirtschaftsgemeinschaft, die zur verderblichen Arbeit gegen das Wohl des Volkes nun ein äußerstes Maß von Schamlosigkeit geüben! Die Wirtschaftsgemeinschaft hat kein Recht, von der Rettung Deutschlands zu sprechen. Hinter ihr stehen die gefährlichsten Feinde des deutschen Volkes. Poincare raubt als Franzose das deutsche Volk aus, die Leute vom Stinnesgeist aber rauben als Deutsche Deutschland aus.

Sie sind die wahren Verderber Deutschlands!

Sie sind die Zerstörer der Volksgemeinschaft!

Laut sprechen die Tatsachen gegen sie, die kein Wahlschwindel aus der Welt schaffen kann. Aber sie wagen noch, die Arbeiter zu fragen:

„Arbeiter! Arbeiterfrauen! Fühlt Ihr nun die Not am Leibe, in die Eure Führer Euch gebracht haben?“

Das von den Vertretern der Ausbeuter und Lohnbrücker, von den Preistreibern, von den Abschaffern des Achtstundentages! Sie, die das Volk ausbeuten, fügen nun zur Not noch den ungeheuersten Hohn!

Die Empörung des Volkes muß ihnen am 10. Februar in die Ohren gellen:

Nieder mit den Stinnesgeistes!

Nieder mit den Verderbern Deutschlands!

Wählt sozialdemokratisch!

kunft des Ruhrbergbaues mit schwerer Sorge entgegen. Von der Abkehr der Hauer bleiben auch die Staatszechen nicht verschont. Am 1. Februar sind nach zuverlässiger Mitteilung von einer einzigen Schachtanlage nicht weniger als 70 Hauer abgegangen, während die — besonders linksrheinischen Zechen, die in vollem Betriebe sind, starken Zugang von Hauern erhalten.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Am Donnerstag vormittag fand eine interne Sitzung des ersten Sachverständigenausschusses (Dawes) statt. Am Nachmittag hielten dessen beide Eisenbahnsachverständige dem Reichsverkehrsministerium einen Besuch ab. Am Freitag vormittag, um 11 Uhr findet eine weitere Besprechung zwischen dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und dem Währungsunterausschuß statt. Für Montag und Dienstag nächster Woche sind Besprechungen in Aussicht genommen, mit je einem Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der Banken, der Industrie und der Gewerkschaften. Nachdem der Vorsitzende des zweiten Ausschusses (Kapitalflucht) MacKenna bereits am Donnerstag Berlin wieder verlassen hat, werden die übrigen Mitglieder dieses Ausschusses voraussichtlich am Freitag nach Paris zurückkehren, während die Abreise des ersten Sachverständigenausschusses nicht vor Mittwoch nächster Woche stattfinden wird.

Wo ist Rettung?

Die Stimme der englischen Arbeiterpartei.

Dr. L. Lübeck, 8. Februar.

Der Wahlschwindel der Wirtschaftsgemeinschaft legt wieder ein. Mit den gleichen Mitteln wie vor dem Volksentscheid.

Wieder erzählt man dem gläubigen Volk das Märchen von dem „kapitalistisch-sozialistischen Staatswesen“. Leider haben die Kommunisten dieses schöne Kinderjährenmärchen gestern abend im Kolosseum endgültig zerstört. Hat doch der Kommunist Kemmele offen erklärt, daß der schlimmste und einzige Feind des Bolschewismus die Sozialdemokratie sei; und daß die Kommunisten sich eher mit den Faschisten verbünden könnten als mit den Sozialdemokraten. Lieber Ludendorff und Hitler als Dr. Leber und Haut! So lautete die kommunistische Parole.

Wird diese Tatsache genügen, um in Lübeck endlich den Schleier der Lüge zu zerreißen? Nein; denn die bürgerliche Presse wird auch dieses totschweigen, nur um ihre Sozialistenehe ins Unendliche fortsetzen zu können.

Auch das andere Schredgepenst wird wieder aus der Rumpelkammer des schwarzen Mannes hervorgeholt, daß ein Lübeck mit starker sozialdemokratischer Partei keinen Kredit bekommen.

Jeder Einsichtige weiß, daß diese Behauptung von Anfang an eine Lächerlichkeit war. Der Kredit eines Staates im In- und Ausland hängt von seiner Finanzlage ab. Und diese Finanzlage von der Bereitschaft zur Steuerreform und zur Besteuerung der großen Vermögen. Gerade die Sozialdemokratie ist imstande, eine solche Steuerreform durchzuführen — gegen das Großkapital. Gerade die Sozialdemokratie kann sonach die Voraussetzungen für Auslandskredite und damit für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft schaffen.

Der erste Sozialdemokrat Englands, Ramsay MacDonald, hat die Regierung des britischen Weltreiches übernommen. Er ist nicht nur der Gründer der neuen englischen Arbeiterbewegung, er hat ihr auch erst die Fäden des Sozialismus in die Hand gedrückt. Gerade von MacDonald wird für das Deutschland der nächsten Jahrzehnte unendlich viel abhängen. Und wenn vom Ansehen Deutschlands im Ausland gesprochen wird, so wird MacDonalds Wort am schwersten ins Gewicht fallen.

Wenige Tage nach seinem Regierungsantritt hat MacDonald über seine Stellungnahme zu Deutschland eine ehrliche und geradlinige Erklärung abgegeben:

Er wisse, so führte er aus, daß die Lage des deutschen Volkes jämmerlich und elend sei. Und er habe die feste Absicht, seine Sympathie für dieses gequälte Volk auf alle mögliche Weise durch Taten zu beweisen. Aber er sei gegen Frankreich, beinahe machtlos, solange in Deutschland Kriegs- und Sägehölzer statt ehrlicher Verständigungsberedtheit alles überdane. Solange in Deutschland das Volk sich nicht auf sich selbst besinne, solange es nicht ein auf ehrlicher Demokratie und der Mitbestimmung der Arbeit gegründetes Regierungssystem habe, sondern der Tyrannei der nationalistischen Phrase, der Diktatur Stinnes und des Großkapitals sich unterwerfe, solange gebe es keine Möglichkeit, Deutschland ehrlich und großzügig zu helfen. Denn einem vom Großkapital regierten deutschen Reich bringe die ganze Welt das schärfste Mißtrauen entgegen — während eine deutsche Volksregierung auf einen allgemeinen Umwälzung in der öffentlichen Meinung der Welt rechnen könne. Besonders in England und in Amerika.

Das ist die Wahrheit über die Ansicht des Auslandes über die deutsche Regierung. Und man wird uns zugeben, daß eine Erklärung des Mannes, der heute England regiert, und der während des Krieges nie arthörte, für eine Verständigung aller Völker zu kämpfen, mehr Gewicht beizut, als die Tiraden eines Flugblattes der sogenannten Wirtschaftsgemeinschaft 1924 in Lübeck.

Neben MacDonald steht ein anderer: Morel. Der zweite geistige Führer der englischen Sozialdemokratie. Niemand hat mutiger gegen den Versailler Vertrag gekämpft, niemand hat Lord Georges Politik verächtlicher kritisiert, und niemand ist leidenschaftlicher für Deutschlands Freiheit und Weltfrieden eingetreten als Morel.

In der Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlichte er vor

Wählt lieber faschistisch, als sozialdemokratisch!

sagte der Kommunist Kemmele nach seiner Verbrüderung mit dem Faschisten Volk im „Kolosseum“.

Arbeiter! Merkt ihr, wohin die Reise geht?

Brot und Arbeit für alle will die Sozialdemokratie!

wenigen Tagen einen Zeitartikel über die Lage Deutschlands und die Notwendigkeit einer Umstellung der Weltpolitik.

Darin führt er aus:

„Der Zustand Deutschlands ist das wichtigste Problem unserer Zeit. Der Zustand Deutschlands ist eine schmerzliche Wunde an dem Körper Europas, die sich ausbreitet und weiter ausbreiten wird, wenn sie keine Heilung findet. Wie kann sie geheilt werden? Sicherlich nicht durch die bisher angewandten Methoden, da diese Methoden den Sitz der Krankheit nicht beschließen. Wir haben Monat um Monat und Jahr um Jahr in diesen Spalten auf die Wahrheit hingewiesen, der keiner der gegenwärtig führenden Staatsmänner, noch die öffentliche Meinung jemals offen ins Gesicht gesehen haben. Und diese Wahrheit ist, daß die Ursache für den gegenwärtigen Zustand Deutschlands nicht in erster Linie eine ökonomische oder politische, sondern eine moralische Ursache ist. Man hat beständig behauptet, daß der Friede Europas unmöglich sei, wenn nicht Frankreichs „Sicherheit“ gewährleistet werden könnte. Wir sagen, daß der Friede Europas unmöglich ist, wenn nicht das Gewissen der Welt zu der Erkenntnis aufgeweckt werden kann, daß die Behandlung, die bis jetzt dem deutschen Volke zugefügt wurde, ein Verbrechen ist.“

Durch vier Jahre hat Deutschland „einen Prozeß der Verwüftung“ durchmachen müssen. Und noch habe niemand den Mut gefunden, vor aller Welt auszusprechen: Wir geben diese Politik der Zerstückelung auf, nicht, weil sie sich nicht bezahlt macht, sondern weil sie unrecht ist, unmenschlich und unmoralisch.“

Morel wirft zum Schluß die Frage auf: Kann die Arbeiterregierung in England mit der Tradition der Gewaltlosigkeit brechen und alle Menschen guten Willens für den Sieg der Gerechtigkeit mit sich reißen? Kann sie einen wirksamen Schlag führen gegen die zerstörenden und vergiftenden Lügen von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld? Um so vor den Augen der zivilisierten Welt den Herd des Krebses offenzulegen, der Europas edelste Kräfte zerstört?

Morel bejaht die Frage unter der Voraussetzung, daß es geliege, das amerikanische und englische Volk zu einigen in dem Bestreben für Gerechtigkeit und Menschlichkeit für Deutschland. Und das, so sagt er weiter, sei ein Leichtes, wenn Deutschland endlich in seinem Innern der Demokratie die Ehre gebe und die Diktatur der Militaristen und des Schwerkapitals abschüttele, wenn auch das deutsche Volk sich in seiner Wehrhaftigkeit zu den Grundfragen der internationalen Verständigung und der Friedensgemeinschaft aller Völker bekenne.

Gehe das deutsche Volk diesen Weg nicht, so könne ihm weder England noch Amerika helfen. Dann sei sein Schicksal entgültig besiegelt. Und es verfallt reitungslos dem Untergang und dem Elend.

Hi diese Sprache nicht deutlich genug? Was wird das deutsche Volk antworten?

- Es lebe die Völkerverständigung!
- Es lebe das Recht der Arbeit!
- Es lebe die Sozialdemokratie!

Um die 3. Steuernotverordnung.

Ablehnung der Aufwertungsartikel.

Der Finanzkommission des Reichstages trat am Donnerstag nachmittag um 4 Uhr zur Beratung der dritten Steuernotverordnung zusammen. In der Beratung nahmen teil Reichstagsminister Luther, Reichsjustizminister Eminger und Reichswirtschaftsminister Hamm. Nach eingehender Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, die Artikel 1 und 3 der Verordnung, die die Frage der Aufwertung von Forderungen an Private und an öffentliche Körperschaften betreffen, nicht zu beraten und die Regierung zu ersuchen, die Regelung dieser Materie auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung herbeizuführen. Es wurde ferner beschlossen, die Beratung der übrigen Teile der Verordnung, die die Besteuerung der Geldwertsteigerungen, die Miethsteuer, den Finanzausgleich und die Vereinfachung der Steuerrechtspflege betreffen, am Freitag zu beginnen.

Da der Ausschuss es vorläufig abgelehnt hat, zur Aufwertungsfrage Stellung zu nehmen, fragt es sich, was die Regierung nunmehr tun wird. Nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes braucht sie den Finanzkommissionen nur „anzuhören“. Das hat sie formell getan. Möglich, daß sie nun von ihrem Recht, die Verordnung auf eigene Verantwortung zu erlassen, Gebrauch macht. Sie legt sich damit allerdings der Gefahr eines Konfliktes mit dem Reichstag aus, der nach den Bestimmungen des Ermächtigungsgesetzes die Verordnung wieder aufheben kann.

Auf die Enthüllung der Regierung wird vielleicht das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses zu den weiteren Abschnitten der Vorlage von Einfluß sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der bereits veröffentlichte Vorschlag der Demokraten, den Ländern und Gemeinden das Recht zur Erhebung eines Aufschlages zur Vermögenssteuer zu erteilen, an die Stelle der ganzen übrigen Steuerentwürfe der Regierung tritt. Die Regierung würde dann, abgesehen von dem Abschnitt über den Finanzausgleich, der kaum große Veränderungen erfahren dürfte, vor einer völlig veränderten Vorlage stehen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich bereits am 17. Januar bei der Erledigung der dritten Steuernotverordnung auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung ausgesprochen. Obwohl sie in vollem Maße die Gründe würdigt, die für eine schnelle Entscheidung sprechen, insbesondere in Hinblick auf die Herbeiführung der dauernden Stabilität der Währung und der Befreiung der Wirtschaft konnte sie doch nicht zugeben, daß mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes die ungelösten alten Steuern, die Miethsteuer, eingeführt wird. Da inzwischen auch in anderen Parteien eine Gegenbewegung gegen die Miethsteuer entstanden ist, kann mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sich im Finanzkommissionen eine Mehrheit für diese Steuer nicht findet. Bemerkenswert ist, daß sowohl in der Frage der Aufwertung als auch in der Frage der Miethsteuer keine zwischen den Regierungsparteien und der Regierung sich eine deutliche Abgrenzung hat aufzeigen lassen.

Für den Fall, daß der Ausschuss die Beratung der Regierungsvorlage zur Aufwertungsfrage in bejahendem Sinne in Angriff genommen hätte, hätten die sozialdemokratischen Vertreter folgende Anträge gestellt:

1. Die Aufwertung soll erfolgen bei allen privaten Ansprüchen, die nach dem 1. Juli 1922 (kann wie von der Regierung vorgeschlagen 31. Dezember 1923) erfüllt sind.
2. Es sollen auch aufgewertet werden Forderungen bei öffentlichen Sparkassen, Anstalten aus Lebensversicherungsverträgen und auf Grund eines Urteilsvertrages oder Beamtenverhältnisses geschlossenen Versicherungen.
3. Die Verzinsung und Tilgung der Anleihen des Reiches, der Länder und Gemeinden soll nicht bis zur Erledigung „Anträge über Reparationsverpflichtungen“, sondern nur bis zum 1. Ja-

nuar 1929 eingestellt werden, d. h. bis zu dem Termin, an dem die Zahlungspflicht für die aufgewerteten privaten Ansprüche eintritt. 4. Erlass eines Sperrgesetzes, durch das alle Rechtsstreitigkeiten bis zum Zustandekommen eines ordentlichen Gesetzes auf Antrag ausgesetzt werden.

Aus dem reaktionären Bayern.

Die Bayerische Volkspartei in Bedrängnis.

München, 7. Februar. (Eig. Draht.) Nach dem Willen der reaktionären Landtagsmehrheit (Bayr. Volkspartei und Deutschnationale) soll der Landtag seine heutige Schlußtagung in der kommenden Woche aussetzen, damit die Abgeordneten dieser Parteien Zeit finden zur Agitation für ihre Volkspartei in den Landkreisen. Diese Agitation scheint bitter nötig zu sein, wenn die Kräfte der Deutschnationalen und der Vaterländischen Verbände von der Bayerischen Volkspartei nicht vernehmlich eingehandelt sein sollen. Bis zum 5. Februar hatten sich in München eingeschrieben für das erste Volksbegehren (Aufhebung des Landtages) 13 785 und für das zweite Volksbegehren (Änderung der Verfassung) 12 861 Personen; in Altrudersberg, wo die Bayerische Volkspartei bei den letzten Wahlen rund 16 000 Stimmen zählte, hatten sich bis zum Sonntag erst 1208 beim. nur 990 Personen eingeschrieben. Wie verlautet, wird von der Opposition am Freitag im Landtag ein Antrag eingebracht, die Neuwahlen zum Landtag auf den 6. April festzusetzen und demgemäß den jetzigen Landtag mit dem 5. April aufzulösen.

Die Antwort auf die Wfsknote.

Paris, 7. Februar. (Eig. Draht.)

Die französische Regierung hat am Donnerstag auf den deutschen Protest wegen der Wfsknote geantwortet. Das von Poincaré selbst unterzeichnete Schreiben erinnert daran, daß die französische Regierung bereits mit einer Note vom 2. Februar die von der deutschen Regierung gegen die französischen Okkupationsbehörden erhobene Forderung, daß diese die pfälzischen Separatisten unterstützen hätten, zurückgewiesen habe. Das Schreiben Poincarés geht in diesem Zusammenhang ausdrücklich, diejenige im diplomatischen Schriftwechsel nicht über. Es spricht von deutschen Verleumdungen, deren Haltlosigkeit die französische Regierung bereits früher dargetan habe, und behauptet, daß die in der letzten deutschen Note angeführten neuen Tatsachen, für die auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht sei, nicht minder wertlos seien als die früheren. Aus diesem Grunde lehne es die französische Regierung ab, auf die unmotivierten Klagen der deutschen Regierung zu antworten.

Auf die in der deutschen Note erhobene Forderung, in der Wfsknote einen den geltenden Verträgen und Gesetzen konformen Zustand wiederherzustellen, erklärt Herr Poincaré unter Bezugnahme auf frühere Noten, daß die französische Regierung, die den Vorschlag des Friedensvertrages aufs gewissenhafteste respektiere, nach wie vor entschlossen sei, nicht in die innerdeutschen Streitigkeiten sich einzumischen und daß sie es demgemäß ablehne, mit der deutschen Regierung in einen Meinungsaustrausch über deutsche innenpolitische Fragen einzutreten.

Herr Poincaré, der sich den Umständen gibt, als kenne er den Inhalt des Generalkonkordats nicht, geht über die Forderung, daß der offizielle Repräsentant einer mit Frankreich verbündeten Regierung die Angelegenheiten der deutschen Regierung vollständig beherrschen soll, zur Tagesordnung über. Er zeigt damit aufs neue, daß die Politik der gegenwärtigen französischen Regierung nur den einen Grund hat, daß Macht vor Recht geht.

Die Enthüllungen von Lloyd George.

Ein politisches Intriguenpiel.

London, 7. Februar. (Eig. Draht.)

Im Laufe des Tages haben einige Punkte bezüglich des angeblichen Lloyd-George-Interviews mit der „New York World“ eine gewisse Klärung erfahren, andere dagegen bleiben nach wie vor dunkel, insbesondere die Frage, wie Lloyd George selbst zu der Angelegenheit steht. Nach am Vormittag war im „Daily Sketch“ eine Erklärung zu lesen, von der angenommen wurde, sie komme vom ehemaligen Ministerpräsidenten und in der es hieß:

„Die Tatsachen stimmen im wesentlichen so, wie sie in der Erklärung angegeben worden sind, doch hat Lloyd George kein Interview gewährt.“

Somit scheint jedoch das liberale Blatt „Star“, es sei ermutigt, zu erklären, daß Lloyd George die Redensart von einem „Geheimabkommen“ als absurd betrachtet und daß dies, was nach Amerika hinübergeschickt worden sei, lediglich die „falsche Wiedergabe eines Interviewgesprächs“ bilde.

Zufällig bleibt jedoch die Tatsache, daß Macdonald unmittelbar vor dem Erscheinen dieses angeblichen Interviews mit Lloyd George erfahren zu haben scheint, daß die französische Regierung um Englands Erlaubnis gebeten hatte, gewisse Dokumente in einem neuen Gelbdruck zu veröffentlichen. Man erklärt dieses Zusammenreffen in diplomatischen Kreisen damit, daß ein Beamter des englischen Auswärtigen Amtes auf eigene Faust Lloyd George gefragt hatte, ob er gegen eine solche französische Veröffentlichung Einwände zu erheben hätte und daß er ihm bei dieser Gelegenheit die einzige Abschrift jener Dokumente übergeben hätte, die die französische Regierung nach London mit der Bitte um Genehmigung der Veröffentlichung erlangt hätte. Macdonald, so wird weiter erzählt, hat inzwischen in einer recht trockenen Form Lloyd George um sofortige Rückgabe jener Briefentwürfe aufgefordert, und er hat weiter den Botschafter in Paris, Lord Cromer, beauftragt, Poincaré über die persönlichen Umstände zu unterrichten, die zu dem Zwischenfall geführt haben. Es wird berichtet, daß Macdonald über den Zwischenfall sehr entsetzt sei, daß seine bisherigen Schritte im Sinne einer Besserung der englisch-französischen Beziehungen durchkreuzt habe.

Das im selben Besitze wie der „Daily Sketch“ erscheinende Abendblatt „Evening Standard“ behauptet nun ebenfalls in einem nichtgezeichneten Leitartikel, daß das betr. Dokument, auf das im Interview mit Lloyd George angespielt wurde, tatsächlich existieren. Es sei nur zweifelhaft, ob „Geheimabkommen“ der richtige Ausdruck dafür sei; es handle sich eher um ein von Wilson nicht genehmigtes Memorandum Clemenceaus. Dieses Schriftstück trage aber die Unterschriften beider Staatsmänner. Es beziehe sich insbesondere auf die militärische Besetzung des Rheinlandes. Es sei gewissermaßen ein „technischer Entwurf“.

Parole: „Alle Sozialdemokraten wählen vormittags“.

der das Einverständnis zwischen Wilson und Clemenceau in der Zeit der Abwesenheit Lloyd Georges herzustellen versucht habe. Das Blatt gibt keine weiteren Einzelheiten über den Inhalt des Dokumentes an, erklärt jedoch zum Schluß, daß Lloyd George es bisher jedenfalls nicht gekannt und daß er damals bei seiner Rückkehr aus London einen in der Frage der Rheinlandsbesetzung vollständig und plötzlich unangekommenen Wilson vorgefunden habe.

Das auswärtige Programm Macdonalds.

London, 7. Februar. (Eig. Draht.)

In gutunterrichteter Stelle verlautet, daß die Programmede, die Macdonald am nächsten Dienstag im Unterhaus halten wird, allgemeinen Charakter tragen und sich hauptsächlich mit Fragen der auswärtigen Politik befassen wird. Auf Grund von Verhandlungen an zuständiger Stelle ist es möglich, schon jetzt die Hauptlinien der auswärtigen Politik der neuen Regierung, so wie sie in der Programmrede darzulegen werden dürften, zu kennzeichnen. Diese Politik wird getragen sein von gutem Willen, Sympathie und Geduld. Sie wird einerseits die berechtigten Interessen Englands hochhalten, aber andererseits in der Behandlung der auswärtigen Fragen ganz objektiv sein und diese, so weit wie möglich, von einem ganz unparteiischen Standpunkte aus behandeln. Die wichtigsten Fragen, die zu lösen sind, wären das Problem der deutschen Reparation und der interalliierten Schulden. Die englische Regierung ist entschlossen dafür, daß diese beiden Fragen als ein Ganzes und nach wissenschaftlichen Grundätzen behandelt werden. Sie ist dagegen, daß die Frage der interalliierten Schulden als ein besonderes Problem erörtert werde.

Die Antwort Moskaus.

London, 7. Februar.

Das Reuterbureau erfährt von amtlicher russischer Seite, daß die Antwort Moskaus auf die britische Note betr. die Anerkennung der russischen Regierung für heute erwartet wird.

Moskau, 6. Februar.

Tschischerin erklärte Vertretern der Auslandspresse gegenüber, die englische Anerkennung der Sowjetrepublik sei ein großes politisches Ereignis von weitreichenden Folgen, da England das wichtigste Mitglied der Entente und die größte wirtschaftliche Macht sei. Die Anerkennung schließe einen Vorteil für beide Teile in sich. Beiderseits bestehe Bereitwilligkeit, die alten Verträge auf ihre Anwendbarkeit auf die Gegenwart zu prüfen und die unbrauchbaren zu verwerfen. Die Stelle der englischen Note über die Nichtbeteiligung habe nur die übliche Nichtbeteiligung in fremde innere Angelegenheiten im Auge. Die Engländer erklärten die Anerkennung für rückhaltlos. Zweifelhafte Fragen würden die Verhandlungen einer Kommission beiseite lassen. Auf beiden Seiten sei jedenfalls der beste Wille vorhanden. England habe der Behandlung der Schuldentragung nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit und der Gewährung von Krediten zugestimmt. Hinsichtlich dieses Kompromisses äußerte sich Tschischerin sehr optimistisch.

Italienische Anerkennung der Sowjetregierung.

Moskau, 7. Februar. Einer Mitteilung Litwiness an die Presse zufolge hat Mussolini der Sowjetregierung mitgeteilt, daß er die Sowjetregierung vom 31. Januar ab als anerkannt betrachte und die diplomatischen Beziehungen als wiederhergestellt. Die Ernennung von Botschaftern nach der Unterzeichnung des Vertrages sei erwünscht.

Das französische Ermächtigungsgesetz angenommen.

Paris, 7. Febr. (Eig. Draht.)

In der Kammer ist es am Donnerstag in der Frage der von der Regierung verlangten Vollmachten zu einem Kompromiß gekommen. Mit Zustimmung Poincares wurde das Ermächtigungsgesetz auf die Dauer von vier Monaten bekräftigt und von der Kammer mit 333 gegen 205 Stimmen angenommen.

Die Befreiung Wilsons.

Washington, 7. Febr. In der Peter-Pauls-Kathedrale ist gestern Wilson unter den höchsten Ehrentiteln und bei eingelegter Cooledge, die Kabinettsmitglieder und das diplomatische Korps nahmen an der Feier teil. Die Regierungsbüros, sowie Handel und Industrie im ganzen Lande stellten für die kurze Zeit als Zeichen der Trauer die Arbeit ein.

Die deutsche Botschaft in Washington hat beim Tode Wilsons eine peinliche Ungeschicklichkeit begangen. Ein außerordentlich ungünstiger Eindruck ist in Amerika durch die Tatsache erzeugt worden, daß die deutsche Botschaft in Washington während der Trauer um Wilson nicht auf Halbmasken gelaggt und erst nach heftigem Einspruch von amerikanischer Seite sich dem von allen anderen Botschaften befolgten Zeremoniell angeschlossen hat. Jeder halbwegs vernünftige Mensch dürfte einsehen, daß es ein Fehler, oder, noch deutlicher gesagt, eine Dummheit war, nicht sofort auf Halbmasken zu steigen und sich von einem Akte internationaler Höflichkeit auszuschließen, an dem sich die Vertreter aller anderen Nationen beteiligten. Der deutsche Botschafter in Washington hat geglaubt, erst in Berlin anfragen zu müssen wie er sich zu verhalten habe, und das Auswärtige Amt hat ihm die ziemlich törichte Antwort gegeben, daß von einer offiziellen Beileidskundgebung der deutschen Regierung abzugehen sei und es dem Botschafter überlassen bleibe, wenn er sich persönlich an der nationalen Trauerfeier beteiligen wolle. Der Zwischenfall, der zu deutsch-amerikanischen Kundgebungen vor der Botschaft führte, ist nun dadurch beigelegt worden, daß die deutsche Botschaft Halbmasken gelaggt hat.

An unsere Leser!

Wir veröffentlichen in der heutigen und morgigen Nummer des „Volkboten“, die zur Propaganda bestimmt sind, eine Reihe von Wahlartikeln aus früheren Nummern des „Volkboten“, um ein geschlossenes Bild vom Wahlkampf der Sozialdemokratie zu geben.

Stinnes und seinesgleichen.

Des Deutschen Reiches Totengräber!

Dr. L. Lübeck, 6. Februar.

„Das deutsche Volk aber, in die Sintflut einer Wirtschaftsvollstreckung ohne Gleichen getrieben, hat ein Anrecht zu erfahren, daß die Inflationsverfälschung der Schlüssel einer Politik war, die im wesentlichen Umfange seit Jahren von den Industriekapitalisten bestimmt war und durch einen unbeschreiblichen Mangel an Psychologie, durch dummdreie Willen, durch ihre Respektlosigkeiten allen Inmoderabilen gegenüber und durch fehlerhafte Einschätzung der Gegenkräfte sich an ihm schwer veründigt hat.“

(Neue Rundschau, Heft 10.)

Wenn in Versammlungen die Worte Inflation, Währungszerfall, Wirtschaftszerrüttung, Kapitalverschlebung fallen, dann laßt wie Beißhündchen der Name Stinnes durch den Saal. Denn Stinnes ist ein Programm, ein wirtschaftliches und ein politisches. Und gerade um ihn als Schrittmacher unter seinesgleichen ist der Kampf um Deutschlands Auf- und Abstieg am härtesten entbrannt.

In unserer gestrigen Ausgabe machten wir einige kurze Ausführungen über das Verbluten der deutschen Wirtschaftskraft infolge des Abwanderns großer Teile der deutschen Substanz, des deutschen Volkvermögens in andere Länder, in alle Welt.

In dem Namen Stinnes nahm dieser Umschichtungs- und Abwanderungsprozeß gigantische Formen an. Stinnes' Aufstieg und des deutschen Reiches Abstieg fallen zeitlich und ursächlich zusammen.

Eine mittlere Kohlenfirma in Duisburg war die Grundlage, von wo aus Hugo Stinnes seinen Machtfeldzug auf die deutsche Wirtschaft erzielte. Schon vor dem Kriege war es ihm gelungen, durch einige skrupellose Transaktionen und Spekulationen erhebliche Aktienanteile der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft an sich zu reißen. Doch war das, wie Kurt Heinig sagt, erst sein Geleisenstück.

Der Boden für das Meisterstück wurde erst vom Kriege bereitet und in der Nachkriegszeit abgeerntet.

Die laufende Hasep der Geldentwertung war für Hugo Stinnes und seinesgleichen gleichzeitig der gewaltige Hebel anwachsender Wirtschaftsmacht. Wie am Flaschenzug hoben sie daran ihre Reichtümer hoch, ihren Machteinfluß, ihr Wirtschaftsimperium.

Stinnes ist kein Gründer. Alle sind sie keine Gründer, Wozu sich die Mühe geben zur Schaffung neuer Produktionsstätten? Wozu? Es ist ja alles schon vorhanden; man braucht nur die Hand auszustrecken, um alles an sich zu reißen.

Aktienmehrheit auf Aktienmehrheit ließ Stinnes durch seine Strohmannen für sich aufkaufen. Und zog damit die dahinter stehenden Fabriken oder Zechen oder Hütten in die Bannmühle seiner Macht.

Frägt der naive Mann: Woher hat er das viele Geld? Womit kann er diese gewaltigen Summen bezahlen?

In diesem Punkt liegt des Rätsels Stinnes Lösung: Man kauft auf Kredit und nach einigen Monaten hat die Geldentwertung die Schulden bezahlt. Ist das nicht sehr einfach? Gegenfrage: Wo, sitzen die Dummen, die solche Kredite geben? Antwort: In der Reichsbank!

Das Manöver war also in keiner Weise schwierig oder gefährlich. Stinnes pumpte bei der Reichsbank direkt oder auf dem Umwege über andere Banken riesenhafte Summen. Kaufte damit, was ihm unter die Finger kam — Fabriken, Hotels, Zechen, Schiffe, Hüttenbetriebe, Eisenbahnen, Zeitungen, Wälder, Güter, Häuser usw. — in der Hoffnung, daß nach einigen Monaten die Marktentwertung die ganzen Schulden ausgebläsen und ausgeschlachtet haben würden.

Damit begründete Stinnes sein Königreich in Rheinland-Westfalen und im Reich. Aber höher hinaus ging sein Streben. Als Feld wintke die Welt.

Nach dorthinaus spähten seine beuteflüsternden Augen. Langten die Arme seiner Macht.

Und mit denselben einfachen Mitteln wie im Inland arbeitete er auch im Ausland. Seine Fabriken hielt er mit dem gepumpten Papiergeld in Gang, bezahlte damit die Arbeiterlöhne, die Rohstoffe, die Unkosten, Steuern usw. Die Geldentwertung schenkte ihm auch hier alles, so daß die Produkte seiner Fabriken usw. für ihn glatter Reingewinn waren.

Diese Produkte lieferte er während des deutschen Ausverkaufes in riesigem Ausmaß nach dem Ausland. Und da er ja im Inlande die dafür erlösten Beträge nicht brauchte, so ließ er sie im Ausland als Guthaben der Firma Hugo Stinnes stehen. Diese Guthaben verstärkte er noch dadurch, daß seine Strohmannen riesenhafte, gepumpte Marktbeträge dazu benutzten, im Ausland Devisen aufzukaufen.

So strömte unter der Stinnesflagge das Blut der deutschen Wirtschaft nach allen Seiten ab. Die Geldentwertung war der

ungeheuerliche Spekulationshebel, den die deutsche Schwerindustrie ansetzte, um sich zum Herrn der deutschen Wirtschaft zu machen; um die Fingarme ihrer Macht auszudehnen von Pol zu Pol. Aber dieser Hebel hat zwei Enden: Das andere Ende hob die deutsche Wirtschaft aus den Angeln, zerrüttete den deutschen Mittelstand, zehrte die Arbeiterklasse aus, zerrüttete das Reich.

Erkelenz, ein bürgerlicher Gewerkschaftsführer, schreibt darüber: Sie (die Schwerindustrie mit Stinnes an der Spitze) war die Schrittmacherin Poincares. Sie hat die Armen verarmt, sie hat den Rentners- und Bürgerstand ausgezehrt. Sie hat den kleinen und mittleren Industriellen überverteilt und hat zahllose Glieder dieser wichtigen Klasse von Bürgern von ihren Betrieben vertrieben, ausgekauft, bestenfalls zu abhängigen Angestellten herabgedrückt. Sie hat das getan mit zahlreicher Verwendung nationaler und nationalistischer Schlagworte. Sie hat es getan unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen angebliche Sozialisierung und Sozialismus überhaupt. Und nun, wo man auf Leichenfeldern steht, preßt sie dieselbe Schwerindustrie als Retter Deutschlands und der deutschen Wirtschaft an."

Wir haben diesen Sätzen nichts hinzuzufügen. Nur noch festgestellt muß werden, in welcher großartiger Weise Hugo Stinnes und seinesgleichen es verstanden haben, aus dem deutschen Reichenschatz Kapital zu schlagen, um in der ganzen Welt Industrien aufzukaufen oder neu entstehen zu lassen: Die Eisen- und Stahlindustrie Osterrichts gehört Stinnes; in der norditalienischen Metallindustrie hat er große Interessen; in Spanien besitzt er Erzgruben, in Mexiko und den Vereinigten Staaten Petroleum. In Brasilien, Argentinien wie in Hinterindien gehört er zu den mächtigsten Kapitalisten usw.

Man wird verstehen, daß solche wirtschaftliche Macht auch den Hunger nach politischem Einfluß wecken muß. Stinnes wurde deswegen Politiker, als Mitglied der Deutschen Volkspartei. Dit wurde im deutschen Reichstag der unheilvolle Einfluß dieses mächtigen Geldmannes bemerkbar. Streieumann ist nur sein Opfer. Die Volkspartei leucht vielleicht unter dem Druck ihres gewaltigsten Geldgebers und Zeitungsbefizers. Aber sie kann sich nicht von ihm befreien; sie segelt heute mehr als je unter seiner Flagge.

Dabei ist das Ungeheuerliche, daß solche Politiker wie Stinnes ihren Einfluß nur dazu gebrauchen, ihren eigenen Plänen und Zielen zu dienen, ihre eigene Macht zu erweitern. Sie haben deshalb die Erfüllungspolitik bekämpft, die Verständigung mit Frankreich hintertrieben und gegen die Stabilisierung der Mark gekämpft. Von Stinnes stammt das Wort: „Es sei die Frage, ob die Stabilisierung der Mark der deutschen Wirtschaft zuträglich sei.“

Mit einem Fatalismus ohnegleichen ließ man das Reich in die verderbliche Ruhrpolitik hineinklüffern, auch bei der französischen Ruhrbesetzung hoffte man auf gute Geschäfte. In einer seiner bekanntesten Reden, ein halbes Jahr vor dem französischen Einmarsch, hat Stinnes die Sätze ausgesprochen: „Ich muß betonen, daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für geringer halte. Denn den Franzosen würde dann gezeigt, daß sie damit nichts erreichen, als daß sie bei erhöhten Unkosten noch weniger bekommen.“

Es ist alles so gekommen, wie Herr Stinnes es sich gewünscht hat. Die Franzosen sind im Ruhrgebiet, die deutsche Wirtschaft ist fürchterlich zerrüttet, aber Stinnes ist reich und mächtig.

Jetzt Jahre hat man gekauft am Grab der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes. Jetzt liegen sie drin, mit gebrochenen Gliedern, ausgezogen, ermattet, verblutet, verhungert. Der Grabhügel wölbt sich höher und höher in Form einer gewaltigen Wirtschaftsmacht der Totengräber selbst. Schnell möchte man jetzt des Totengräbers Mühe und Schaufel dem Sozialismus in die Hand drücken. Um sich selbst als kommenden Retter des Vaterlandes aufzuspielen.

Um aufs neue eine tönende Totenorgel des Profits erklingen zu lassen: in neuer Weise das alte Lied.

Die Geschichte der Nachkriegszeit wird fürchterliche Anklage erheben gegen die Totengräber-Kapitalistenmagnaten der deutschen Wirtschaft. Sie wird ebenso fürchterlich anklagen die Parteien, von denen diese Totengräber ihre Macht haben. Die Volkspartei im Verein mit allen anderen bürgerlichen Parteien. Nicht weniger aber auch wird sie das deutsche Bürgertum anklagen, das in seiner politischen Kurzsichtigkeit kein eigenes Grab geschaufelt hat. Das wie im Schlafwandel einigen Schlagworten nachließ, den gesunden Menschenverstand aufgab, politisches Denken ausschaltete und mit seinem eigenen Gut und Blut die Steine tittete, aus denen die Zwingburgen der Herren Stinnes und Co. errichtet wurden.

Wädhren doch wenigstens die Kleinbürger, die bürgerlich eingestellten Beamten und Angestellten einsehen, wohin man sie geführt hat. Und wozu sie gut waren! Und sein werden!

im Reichstag keine sichere Mehrheit für eine Steuer- und Finanzreform. Auch dann krachten die bürgerlichen Parteien das nötige Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit noch nicht auf.

Aber die Finanzreform war nötig, brennend nötig, sollten Volk und Wirtschaft vom Strich der Geldzerrüttung nicht endgültig erdroffelt werden. Da mußte die Regierung keinen anderen Ausweg mehr, als die bürgerlichen Parteien aufzufordern, sich auszusprechen zu lassen, damit sie sich um die Verantwortung drücken konnten.

Die Sozialdemokratische Partei hatte von sich aus nicht den geringsten Grund, daselbe zu tun. Denn sie verlangte diese Reform seit zwei Jahren, und sie war jederzeit bereit, die Verantwortung dafür mitzutragen.

Da aber eine Mehrheit im Reichstage für diese Reform nicht zu finden war, so stimmte sie der Ausschaltung des Reichstages zu. Vor die Wahl gestellt: soll Deutschland zusammenbrechen oder soll dieser in seiner bürgerlichen Mehrheit völlig arbeitsunfähige und innerlich verzerrte Reichstag ausgeschaltet werden, entschied sie sich für das letztere.

Wer also trägt für diese Zwangsentwicklung die Schuld? Die Tatsachen geben die Antwort.

Daß nach zweijähriger Mißwirtschaft nur ganz rückwärtslose Reform helfen kann, darüber ist sich doch jedermann klar. Die Schuldigen der Steuermißwirtschaft sind auch die Schuldigen der Folgen dieser Reform.

Der Beamtenabbau ist eine der Folgen dieser Reform. Niemals wäre solcher Abbau nötig geworden, hätte das Kapital nicht in den letzten beiden Jahren sich um alle Steuern gedrückt. Heute sind die Reichskassen leer. Die Reichsregierung muß unter

allen Umständen mit den Geldern auskommen, die sie aus dem Rentenbankrott und den laufenden Steuern hat. Mit neuem Geldbrücken darf sie sich unter keinen Umständen behelfen, sonst beginnt das Währungsleben von neuem.

Daher die verzweifeltsten Maßnahmen des Beamtenabbaus, und daher die nach verzweifeltere Maßnahme der Verringerung der Beamtengehälter, besonders der unteren und mittleren, unter das Existenzminimum.

Wiß nicht nur der Beamtenabbau, sondern auch die Hungergehälter sind eine Folge der Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokratie hat gewarnt, beschworen, getämpft. Das Kapital hat für seine Taschen gesorgt. Das Reich ließ man verkommen. Jetzt tragen die Beamten des Reiches die Folgen. Mögen sie sich deshalb überlegen, ob heute noch ein Beamter mit ehrlichem Gewissen seine Stimme einer kapitalistischen Partei geben kann.

Die Tatsache, daß viele Beamte immer noch bürgerlich wählen, hat die bürgerlichen Parteien stark gemacht. Hat ihnen die Reichstagsmehrheit verschafft. Diese Mehrheit hat so regiert, daß heute die Beamten auf die Straße fliegen und verhungern können. Beamte! Denkt! Denkt nach!

Kapitalverschlebung nach dem Ausland.

Dr. L. Lübeck, 5. Februar.

Die Tatsache, daß in den letzten Jahren Milliardenbeträge deutschen Kapitals nach dem Auslande verschoben wurden, wagt man auf bürgerlicher Seite nicht zu bestreiten. Zu klar liegt diese Tatsache doch vor aller Augen!

Aber man redet sich aus: Deutschland habe vor dem Kriege viele Milliarden Mark Auslandsguthaben gehabt. Das sei allgemein als ein finanzpolitischer sehr günstiger Umstand gewertet worden. Denn selbstverständlich hätten diese Guthaben der deutschen Volkswirtschaft einen erheblichen Ertrag abgeworfen. Und eben dieser Ertrag sei es gewesen, der uns vor dem Kriege einen erheblichen Teil unserer Rohstoff- und Lebensmittelimporte bezahlte.

Eine Beweisführung, die manchen bestechen mag. Die aber in all ihren Schlussfolgerungen falsch ist, weil ihre Voraussetzungen falsch sind.

Wie sind unsere Auslandsguthaben der Vorkriegszeit entstanden? Die Arbeit des deutschen Volkes war ja große Erträge ab, daß damit — kapitalistisch gesehen — nicht nur die Bedürfnisse des Reiches und des Volkes und außerdem der Kapitalbedar der Industrie und der Landwirtschaft befriedigt werden konnten. Es blieb sogar noch ein Ueberschuß. Und diesen Ueberschuß der deutschen Arbeit schickte man Jahr für Jahr kapitalarmen Ländern. Selbstverständlich schickten wir ihn nicht in blühendem Gold oder in knisterndem Papiergeld, sondern in Form von Krediten aller Art. In Krediten, die den betreffenden Ländern den Bezug unserer Waren ermöglichte.

In der Tat stellten wir dem Auslande den Warenüberschuß unserer Produktion zur Verfügung, wofür es unsler Schuldner wurde.

Wie aber ging die Kapitalverschlebung der Nachkriegszeit vor sich?

Deutschland hatte keinen Warenüberschuß; die vorhandenen Bestände reichten weder für die Bedürfnisse des Reiches noch des Volkes aus; der deutsche Kapitalbedarf war zu keiner Zeit seit dem Kriege gedeckt. Alle Voraussetzungen für eine Kapitalausfuhr fehlten also. Keine der Vorbedingungen für eine wirtschaftliche Kapitalverschlebung nach dem Auslande war gegeben. Und trotzdem wanderten Milliarden und Milliarden nach Holland, Dänemark, Schweiz, Südamerika, Hinterindien usw.

Wie konnte das geschehen? Die Herren Spekulanten machten infolge der Geldentwertung riesenhafte Spekulationsgewinne. Diese Gewinne waren also in keiner Form ein Arbeitsüberschuß; sondern waren Teile des deutschen Kapitals oder des deutschen Volkvermögens selbst. Zum Beispiel die riesenhafte Summen, die infolge der Geldentwertung dem Mittelstand und den kleinen Sparern geraubt wurden und schämend in die Taschen der Schieber flühen. Die Herren Schieber aber, die großen und die kleinen, wollten diese Summen in Sicherheit bringen. Im Sicherheit vor dem Steuerzugriff des Reiches, in Sicherheit auch vor jeder weiteren Geldentwertung. Sie verschoben sie deshalb in jeder möglichen Form nach dem Auslande. Ganz riesenhafte Beträge unseres Volkvermögens wanderten so in die weite Welt. Deutschland aber verarmte von Tag zu Tag mehr; unsere Reichsfinanzen blieben in dem Irrsinn der Ausgaben ohne Einnahmen stecken.

Dazu kommt noch ein anderes. Große Teile dieser verschobenen Vermögen sind im Auslande nicht einmal werbend angelegt. Sie werfen also gar keine Erträge ab. Sie liegen einfach in den Tresors der holländischen, englischen Banken usw. Als Sicherheit für alle Fälle für ihre patriotischen deutschen Bekker. Die Zinsen der Beträge aber, die als Bankguthaben geführt werden, bleiben beinahe ausnahmslos im Auslande liegen und stärken die Kapitalkraft des Auslandes. Nicht aber die deutsche!

Mit diesen Auslandsguthaben oder ihren Erträgen kann man beiseite nicht unsere Rohstoff- oder Lebensmitteleinfuhr bezahlen. Diese Dinge mußten wir mit unserem Reichsbankfaß oder mit deutschem Papiergeld bezahlen.

Zu den Verschlebungens unseres Geldes durch die Spekulanten und Schieber kam also noch die Papierflut, die wir für Lebensmittel und Rohstoffe nach dem Auslande leiten mußten, hinzu. Wie das Blut aus dem vermundeten Körper, so strömte fortwährend unsere ökonomische Wirtschaftskraft in alle Welt hinaus. Wir wir so matt und krank waren, wie wir es heute sind.

Gibt es bei nachlicher Würdigung der wirtschaftlichen Zusammenhänge noch irgend eine Entschuldigung für diese Kapitalverschlebung? Nein! Wenn die kapitalistischen Parteien, wenn die Wirtschaftsgemeinschaft trotzdem das landesverräterische Treiben ihrer obersten Herren Kapitalverschleber entschuldigend will, so sind das nur verlogene Ausreden — Ausreden — Ausreden.

An dem Beispiel des Herrn Stinnes werden wir in einem folgenden Artikel die wirtschaftszerrüttenden Wirkungen der sogenannten „Auslandsguthaben“ der Nachkriegszeit im einzelnen besprechen. Und auch das ewige Geschrei von dem „Aufbau“ wird daran nicht das geringste ändern. Das deutsche Volk hat stärkste Ursache, auf der Hut zu sein. Sonst wird ihm in den nächsten Jahren außer dem Hemd noch die Haut abgezogen!

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Heiligkeit Hermann Bauer; für Intellekt Heinrich Steinberg, Verleger; Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Ermächtigungsgesetz und Beamtenabbau.

Dr. L. Lübeck, 30. Januar.

Unser verschiedene Artikel über die Steuern der bürgerlichen Parteien haben manchem Wähler die Augen geöffnet. Darüber im Blätterwäldchen des Lübecker Kapitals ein aufgeregtes Getöse.

Ein bürgerliches Intelligenzblatt stellt sogar die Frage, was die Geldentwertung mit der Steuerpolitik zu tun habe. Ueber solche Naidität ist nicht zu streiten. Eines Tages soll sogar der Witz mit harmlosem Augenaufschlag gefragt haben, was kann ich dafür, daß es donnerst?

Deshalb: zur Sache! Weiter in der Betrachtung der verhängnisvollen Wirkungen der bürgerlichen Steuerpolitik.

Man erinnert sich, daß selbst das Ermächtigungsgesetz in der Wahlpropaganda zum Volkstentwidt ausgespielt wurde gegen die Sozialdemokratie.

Wie kam das Ermächtigungsgesetz zustande? Und weshalb? Ein- zwei Jahren bringen die gesamten bürgerlichen Parteien den Mut nicht mehr auf, dem Reich Steuern zu bewilligen, die den Besitzern das Kapital belasten. Aus Angst vor ihren Geldgebern und vor den reichlichen Wählern. Obwohl jedermann wußte, daß darum die Reichsfinanzen und unser Geld zusammenbrechen mußten.

Die Sozialdemokratie hatte nicht die Mehrheit. Sie konnte deshalb nur warnen und auf die Folgen aufmerksam machen. Selbst als der Zusammenbruch vor aller Augen offenlag, gab es

Achtung!

Billiger als frisches Fleisch!

Achtung!

Pa. Rindergulasch in Dosen

solange der Vorrat reicht.

(11742)

Diese Konserve ist nicht aus Gefrierfleisch, sondern aus unter Garantie frischen, fetten Rindfleisch hergestellt.
Der Inhalt jeder Dose braucht lediglich erwärmt zu werden, um vollkommen tafelfertig zu sein.

Preise: Eine 1-Pfund-Dose Mk. **0,82.** Eine 2-Pfund-Dose Mk. **1,55.**

Kostproben werden unentgeltlich abgegeben.

Jedermann sollte dieses nicht wiederkehrende Angebot ausnutzen und sich mit billigem Fleisch für seinen Haushalt eindecken.

ROBERT ERASMI, Nahrungsmittel-Großhandel.

Für den Großhandel: **Johannisstraße 34 I, Telefon 2969, 2869.**

Für den Kleinhandel die Verkaufsstellen: **Königstraße, Obertrave, Moisinger Allee.**



Da, die fettes Rohfleisch (Bohlen)

Prima frisches Hackfleisch
Stund 30 u. 30 Pf.
Prima fettes Suppenfleisch
Stund 35 u. 40 Pf.
Filet . . . Pfund 50 Pf.
Täglich frische Knackwurst
Marlesgrube 27
(11742)

Diese Woche noch
besonders preiswertes
Angebot:
Schweinefleisch . . . 75
Schweinebraten . . . 85
Kartoffel . . . 90
Zeit. Suppenfleisch 60
Schienbraten . . . 70
Schienhoh . . . 80
sowie sämtliche besten
Wurstsorten
zu den billigsten Tages-
preisen (11768)
Ernst Gühlcke
Arminstraße 12.
Telephon 1814.

Felle
kaufen höchstahrend
Gebr. Wagner
Dammgrube 26,
Hilfenstraße 8. (11782)
Fernsprecher 3414.

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT
DEUTSCHER CONSUMERVEREIN

**Geisen und
Waschmittel**

aus unseren eigenen Seifenfabriken
Gröba und Düsseldorf
vereinigen in sich
Preiswürdigkeit und Güte.

Zu beziehen nur durch die Abgabestellen des
Consumvereins
für Lübeck und Umgegend z. G. m. b. H.

**Nur noch
drei Tage**
Freitag Sonnabend
Montag
Der große
**Räumungs-
Ausverkauf**
zu bedeutend herab-
gesetzten Preisen.
Kaufhaus
Franz Wehrendt
Balauerthor 95
ab 12. 2. Hülste, 110.

Patent-Matratzen,
Anlage-Matratzen
od. Mat. in Lira. Zeit
Gebr. Ref. H. Lübeck,
Untertr. 111/112 (11728)

Karl Möller
Wickedestraße 44
Tel. 2286.
Da. fr. Rindfleisch 45
Bratenstücke . . . 50
fr. Rinderhack . . . 60
Da. Rindfleisch-Hack 80
Rohfleisch und
Beefsteak . . . 80
dick. Rindfl. 60
fr. Schweinefl. 85
fr. Kalbfleisch 40 u. 50
Fetten u. durchw. Sped
Blatenschmalz (11780)
Falg u. Klementenschmalz.

Morgen, Sonnabend, 10 Uhr, Auktion in
Schlitz, Lübecker Straße 681 über Möbel und
Hauskandeln, Bett- u. Blodwagen, Ger-
dnen, 10 Str. Pflanz, 20 Str. Kartoffel u. a. m.
H. E. Koch u. Hans Koch, beide, Aufz. (11761)

Eisenbahn-Rundfahrten-Auktion findet Montag
9 Uhr im Wartesaal 4. Kl. gegen Bezahlung
statt. Es sind: Viele Schirme, Spazierstöcke,
Kleidung, Wäsche, Handtaschen, Schmuckstücke
1 H. Uhr, 1 Stauring, 1 Feldstecher m. Futteral
Brillen u. m. (11762)
H. E. Koch und Hans Koch, Fernruf 2850.

Das (1172)
Herrenhut-Spezial-Geschäft
Eduard Hirschhorn
Sandstraße 20

empfehlen sein grosses Lager in
**Herren- und Knaben-
Hüten und Mützen**
u. a.
Herren-Woll-Hüte . . . von 100 an
Herren-Haar-Hüte . . . von 150 an
Herren-Velour-Hüte . . . von 200 an
Sportmützen . . . von 15 an
Blaue Mützen . . . von 50 an
Kinder-Mützen . . . von 50 an
Von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.
ununterbrochen geöffnet.

An- und Verkauf
Herren- u. Damenhaar-
reden, Friseur, Wäsche,
Seiten, Nähmaschinen,
Fahrräder u. m. (11739)
Karupp, Strahlenstr. 34.

**Dauer-
wäsche**
Marie Schildkröt
Bestes deutsches
Fabrikat. (1173)
Aug. Janensch
Sandstr. 6.

Die billigen Angebote!

Fertige farb. Bettbezüge 8.25 7.25 6.50	Bl. Arbeitsjacken 3.95
Fertige Stoffs-Bettbezüge 7.25	Starke Arbeitshosen 6.50 5.80
Geschirrtücher von 0.38 an	Barbent-Hemden 3.95
Dam.-Schürzen, Wiener Form von 2.59 an	Norma-Hemden von 3.95 an

Heinrich Beuck 11746
Brookesstraße 25. Ecke Warendorpstr.

Prima abgelagerte
Stückbraunkohlen
2 Zentner Mt. 1.59.
1 Zentner Breitetts (Alle u. Kaiser)
Mt. 1.50 ab Lager Falkenstr. 4.
Max Bone, Kohlenhandel
Telephon 844. (11769)
St. Billigst. gefr. Schienfleisch, Pfd. 48 Pf.
dick. gefr. Bratenstücke, Pfd. 48 Pf.
gef. Beefsteak, Rohfleisch, Pfd. 70 Pf.
gef. Schweineleber, Pfd. 45 Pf. (11760)
jung. Kalbfleisch, Pfd. 45 Pf.
is. Kalbfleisch u. Kente Pfd. 55 u. 60 Pf.
weißes Schmalz, Pfd. 70 Pf.
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16

Zucker 39.4	ia. Margarine 48, 55, 65, 70, 80.4
Rumthong 42.4	Kostafeln 64.4
Gaferflocken 16.4	Speisefett 60.4
ia. Backbunnen 24.4	la. ger. Landwurst 120.4
(gutkochende)	Schmalz, weiß 69.4
Gelbe Erbsen 17.4	Cornedbeef 58.4
Sauertohl 22.4	Kond. Milch, gefügt 45.4
Salzheringe 6.4	Schweiz. Wollfett 160.4
Mar. sheringe St. 12.4	Züster Wollfett . 160.4
Gerstgrübe 12.4	Gemüsetonserven
Seifenpulver 1/2 20.4	billigst (11726)
Petroleum 28.4	Schokolade, 4 Tafeln a 100 g, 1.—

Karl Dreßel, Johannisstraße 27.

**Rohlen
Rohs
Brietts
Grube
Braunkohlen
Holz**
empfiehlt frei Haus und ab Lager
Hans Lübeck
Wickedestr. 33-35.
Telephon 2378.

Hut-Ziehe
Erste Lübecker Spezial-
Herren-Hut-Reparaturwerkstätte
Umpressen, Reinigen, Modernisieren
sämtlicher Herren-Hüte
nach den neuesten Formen.
Zylinder-Modernisieren und -Bügeln.
Neuverkauf von Hüten und Mützen.
Albert Ziehe, Hutmacher
nur Wahnstraße 9. 11765

Vollentscheid — Bürgerschaftswahl.

Dr. L. Lübed, 19. Januar.

Wenn die Leser des General-Anzeigers in den törichtesten Schwundparolen ihres Blattes geistige Verfriedigung finden, so ist das ihre Privatangelegenheit. Jeder muß nach seiner Fassung selbigen werden!

Wenn aber durch solche Hoch- und Hahparolen die Deffentlichkeit verwirrt und verborben wird, so entsteht dadurch eine Gefahr für die politische Entwicklung im Staate; über kurz oder lang muß das politische Leben auf den Trümmern des gesunden Menschenverstandes in der Sackgasse dummer Phrasen und allgemeiner Verworrenheit verkommen.

Diese Gefahr ist zurzeit riesengroß. Um sie abzuwenden, ist reifliche Klärung und kritische Würdigung der durch die Senatspolitik und den Vollentscheid ausgelösten politisch-parlamentarischen Entwicklung nötig.

Erst heute beginnen wir mit dieser Klärungsarbeit. Zwei Wochen sind seit der Wahl vergangen. Die Hoch- und Hahparolen der bürgerlichen Wahlpropaganda beginnt zu verblasen, der mit verlogenen und persönlichen Geschäftigkeiten aller Art angefüllte Wahlplan des Lübecker Kapitals ist vorläufig beiseite gestellt worden. Vielleicht besteht jetzt auch auf der Gegenseite da und dort die Möglichkeit zu einigen sachlichen Überlegungen.

Schneller und gründlicher als irgend jemand am Wahlsonntag abend voraussehen konnte, ist der bürgerliche Wahljubel verflummt. Ist doch jeder denkfähige Lübecker — sei er eingeboren oder landfremd — heute davon überzeugt, daß die Vollentscheids-Abstimmung von der politischen Einstellung des Lübecker Volkes ein zutreffendes Bild nicht gegeben hat.

Erst die Bürgerschaftswahl wird entscheiden, wieviel Sozialdemokraten und Kommunisten aus irgendwelchen Erwägungen an die Seite des Senats getreten sind. Und auch nach der Bürgerschaftswahl wird es erst möglich sein, die Fäden einigermaßen zu entwirren, die in den nächsten Jahren das Schicksal unseres Staates bestimmen werden.

Aber eins steht jetzt schon unbedingt fest: die Politik des Senats hat sich auf die Bahn eines Kreises drängen lassen, der in spätestens drei Monaten in seinen Ausgangspunkt zurückkehren muß. Und dann wird sich die von der Sozialdemokratie erstrebte politische Klarheit und Sauberkeit erst recht als notwendig erweisen. Notwendig besonders im Interesse eines schnelleren und entschlosseneren Zusammenarbeitens zwischen Senat und Bürgerschaft. Und dann werden wir uns allerdings zurückschauend die Frage gestatten: Wozu war die merkwürdige Politik des Senats gut?

Wir brauchen heute nicht zum hundertsten Male zu wiederholen, daß die bürgerliche Wahlparole von Anfang bis Ende der tatsächlichen Fragestellung ins Gesicht schlug. Heute können wir wissen Tausende von Proletariern, und sie sprechen es auch offen aus, daß sie sich verwirren ließen.

Gerade der Schreiber dieser Zeilen hat es im Gewerkschaftshaus und in der Stadthalle — vor der Wahl — ganz unzweideutig ausgesprochen: eine Koalition mit den heutigen Kommunisten stand zu keiner Zeit im Kreis der Erwägungen der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion. Solange die Kommunisten sich nicht auf den Boden unseres Staates stellen, und solange sie nicht ganz unzweideutig von ihrer Gewalt- und Putzpolitik abscheiden, wird sich diese unsere Stellungnahme auch in Zukunft nicht ändern.

Die Fragestellung: kommunistisch-sozialistische oder sozialistische bürgerliche Arbeitsgemeinschaft war also in ihrem innersten Wesen falsch und verlogen. Und es ist auch nachträglich interessant, die Begründung dieser Fragestellung noch einmal zu prüfen: Selbstverständlich gebe es nach einem Sieg der sozialdemokratischen Parole eine kommunistisch-sozialistische Regierung, denn keine bürgerliche Partei werde dann an der Regierung teilnehmen.

Mit anderen Worten: Nach einem sozialdemokratischen Sieg lehnen die bürgerlichen Fraktionen die Arbeitsgemeinschaft ab; also ist die Arbeitsgemeinschaft gefährdet. Durch wen? Durch die Sozialdemokratie!

Mit wenig Verstand ist die Welt zu regieren, meinte Drentherna. Aber mit weniger als am 6. Januar in Lübeck ist sie doch noch nie regiert worden. Hier und dort ist ja auch schon eine Ernüchterung eingetreten. Diese Ernüchterung, ergänzt durch Denken mit dem Kopf statt in verlogenen Flugblatmäßen, wird nötig sein, soll die Bürgerschaftswahl den politischen Nebel der Gegenwart wieder zerreißen.

Welches war denn die richtige Fragestellung der sozialdemokratischen Politik, die den Senat schließlich zur Annahme des Vollentscheides bewogen hat?

Der Parlamentarismus durchlebt zweifellos eine Krise ganz allgemeiner Natur. Die monarchistische Regierungsform brach 1918 wie ausgefaultes Gehäuf zusammen, und an die Stelle setzte man in kunstvollem Gefüge das demokratisch-parlamentarische Regierungsergerippe der westlichen Demokratie. Aber mit dem Zerzupfen übernahm man nicht seinen Geist, nicht sein Leben.

Mehr als einmal haben wir auf diese kritische Kluff hingewiesen. Der deutsche Parlamentarismus brachte wirklich regierungsfähige Regierungen nirgends zustande, und die Folge war der Taumel zum Abgrund und in den Abgrund. Die Regierungen — das gilt für Reich und Länder — bringen aus den verschlossenen Kammern ihrer endlosen Beratungen Vorlagen, die meist von allem Anfang an Halbfertigkeiten sind. Und diese Halbfertigkeiten durchlaufen dann wochenlang das trodene Gestrüpp der Fraktions- und Ausschußberatungen. Da wird gestuzt, dort wird geändert; hier wird verdreht und dort wird irgend ein Sonderwunsch berücksichtigt. Nach wochenlanger Berühlpung kommt dann schließlich irgend ein Gesetz zustande, das keinen Sinn mehr hat. (Ein Schulbeispiel für solche Art zu regieren ist das Schicksal der Lübecker Gewerbesteuer.)

Wie wissen es, alle sehen das Uebel: aber die Parteien sind innerlich zu schwach, um auf ihre Kaufhandelpolitik zu verzichten. Sie klärchen sich zu sehr vor ihren Wählern. So entwickelte sich der für unser Staatswesen unerträgliche Zustand, daß keine einzige den staatlichen Notwendigkeiten entsprechende Steuervorlage durchgesetzt werden konnte, und daß ein in seiner Mehrheit bürgerlicher Senat sich einzig und allein auf die sozialdemokratische Partei verließ und verlassen konnte. Mit Zufallsmehrheiten un-

zuverlässiger Art bewilligten wir dem Senat immer wieder ein paar Groschen. Es war nichts Ganzes und nichts Halbes — und wurden dafür von den bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, geschmäht und gelästert.

Es war dies ein Zustand, der den Parlamentarismus in absoluten Mißkredit bringen mußte, der in Deutschland alle Regierungsautoritäten untergrub, und der unsere Wirtschaft und unsere Finanzen grauenhaft zerrüttete.

Der Reichstag wußte aus diesem Elend und dieser Unfähigkeit keinen Ausweg mehr und beging — fatal! Er erdroffelte sich mit dem Ermächtigungsgesetz selbst.

Sollen auch die Länder diesen Weg gehen? Es wird unvermeidlich sein, wenn in unserem parlamentarischen Leben nicht Wandel geschaffen wird. Und diesen Wandel herbeizuführen, war der Sinn der sozialdemokratischen Politik der letzten Monate. Und wir sind absolut davon überzeugt, dieser Wandel wird unvermeidlich sein — möge die Bürgerschaftswahl ausfallen wie sie wolle.

IV.

Wie kann dieser Wandel geschaffen werden?

Biel einfacher als manche vielleicht denken. Man muß im Parlamentarismus eben parlamentarisch regieren. Das heißt, es muß an der Spitze eine feste und entschlossene Regierung stehen, die von einer festen und entsprechenden Mehrheit im Parlament durch Dick und Dünn getragen wird. Eine feste Mehrheit, die in ihrer Gesamtheit bereit ist, die Verantwortung für die Regierung zu tragen und auch unangenehme Vorlagen zu schlucken. Auch wenn Steuern vom Parteistandpunkt unangenehm sind, müssen diejenigen Parteien, die im Senat vertreten sind, ihnen dann zustimmen, wenn das Allgemeininteresse es erfordert.



**Für den sozialen Fortschritt!
Gegen Diktatur des Großkapitals!
Für den Achtfundentag!
Gegen Lohndruck!
Kämpft allein die
sozialdemokratische
Liste Obhers!**

V.

Die zukünftige Entwicklung im Reich und in den Ländern wird die sozialdemokratische Auffassung viel mehr bestätigen, als die meisten „Provinzpolitiker“ heute noch ahnen. Wenn die Länder, wie vielfach erwartet wird, die Finanzhoheit wieder bekommen, so werden sich in den nächsten Jahren auch für unser Finanzwesen Zwangslagen entwickeln, die innerhalb kurzer Zeit rigorose Steuererlasse usw. erfordern. Nur dann wird dies möglich sein, wenn die Bürgerschaft sich entweder ausschaltet — einmal war ein Anlaß dazu schon vorhanden — oder wenn sich eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft verschiedener Parteien bildet, die bereit ist, die Verantwortung für schnellste Regierungsmahnahmen zu tragen. Voraussetzung für die Übernahme solcher Verantwortung ist aber, daß jede Fraktion den ihrer Stärke gebührenden Einfluß im Senat, und die ihr zukommende Vertretung hat. Nach einem Jahr wird das eine Selbstverständlichkeit sein.

Das — und nichts anderes — war das Ziel der sozialdemokratischen Politik in Lübeck.

Es wird kein Jahr vergehen, so wird sich die nachweisbare Notwendigkeit der Bildung einer solchen Arbeitsgemeinschaft — einer Art Schicksalsgemeinschaft, erzwungen durch die Not — herausstellen. Wenn es wieder einmal zu spät ist. Wie immer in Deutschland.

Spruchreif wird auf jeden Fall die Lage bei der unbedingt nötigen Verkleinerung des Senats. Wahrscheinlich wird man dann auf allen Seiten einsehen, daß der Vorschlag der Sozialdemokratie, den Senat durch einen Gesamtrücktritt umbildungsfähig zu machen, viel zu vernünftig war, als daß die weisen Lübecker bürgerlichen Politiker ihn auch nur entfernt hätten begreifen können.

Es ist noch viel zu diesem Thema zu sagen. Seine Klärung, und ebenso die Stellungnahme zu dem überraschenden Abstimmungsergebnis im Vollentscheid soll weiteren Artikeln vorbehalten sein.

Ein Beispiel!

„Das vaterstädtische Verantwortungsgefühl“.

Dr. L. Lübed, 23. Januar.

Unsere grundsätzliche Stellungnahme zu der politischen Entwicklung in Lübeck schenkte den verschiedenen „feinsinnigen“ Leistungen der bürgerlichen Presse wieder die geistigen Voraussetzungen zu einer Debatte. Aber leider konnte man sich zu einer sachlichen Auseinandersetzung auch diesmal nicht aufschwingen, in dem

stummligen Gestammel gegen Sozialdemokratie und Sozialdemokraten blieb man stehen, wie ein verirrter Junge, der im Sumpf nicht mehr vorwärts und nicht mehr zurück kann.

In sich ist es gleichgültig, wie lange und wie oft die politischen Leuchttürme des Lübecker Kapitals in dieser ihr so lieb gewordenen Umgebung ihre Strahlen verenden. Nur möchten wir an dieser Verrottung des politischen Lebens in Lübeck keinerlei Schuld tragen. Und sind deshalb bereit, unsere Darstellung der politisch-parlamentarischen Notwendigkeiten an einem lehrreichen Beispiel zu erklären. (Da ja immerhin die Möglichkeit besteht, daß man auf der anderen Seite die ganze Sache aus gewissen Gründen nicht „verstanden“ hat.)

In der letzten Bürgerschaftssitzung machte ein sozialdemokratisches Mitglied den Zwischenruf: „Meine Herren, wo bleibt der alte bewährte Senat?“

Es handelte sich um eine Abstimmung. Der Senat erbat die Zustimmung der Bürgerschaft zu einer „Wohnungsangelegenheitsverordnung“, die durch dringende Notwendigkeiten und durch ein Reichsgesetz vorgegeben war. Wir wollen bei dieser Gelegenheit die Wohnungsfrage nicht aufrollen; es möge die Feststellung genügen, daß die Verordnung dem Hausbesitz und ebenso dem Baugewerbe unangenehm ist. Aber sie war eine zwingende Notwendigkeit, der sich niemand verschließen konnte, weshalb sie ja der Senat auch unbedingt brauchte.

Und die Abstimmung? Die bürgerlichen Parteien ließen ihren alten, bewährten Senat wieder einmal im Stich. Sie versagten ihrem Senat die Hilfe, und die Verordnung kam zustande mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Aus Angst vor ihren Hausbesitzern und den Unternehmern des Baugewerbes blieben die bürgerlichen Parteien wieder einmal stehen. Und da sie nicht weiter wußten, beantragten sie die Überweisung der Senatsvorlage an eine Kommission, das heißt, sie bereiteten ein geräuschloses Begräbnis zweiter Klasse vor. Das nennt sich dann Mitarbeit an Staatswohl. Im Wahlkampf aber wirkt man der Sozialdemokratie „Verrat der Hausbesitzerinteressen“ vor. Obwohl man weiß, daß die bürgerlichen Parteien ihrem Senat solche Vorlagen nur deshalb ablehnen können, weil die Sozialdemokratie aus Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit sie annimmt.

Eine Gegenfrage! Hätte sich die Sozialdemokratie auch anders einstellen können? Sicherlich! Denn der Senat hat ja seine hochheilige Ehe mit dem Bürgertum geschlossen. Er ist der liebe, gute, alte und bewährte Senat aller bürgerlichen Parteien. Und wie würde, und wie müßte beinahe die Sozialdemokratie sich zu einem so einseitig festgelegten Senat einstellen?

„Wir werden mit keiner Kritik zurückhalten, wenn dann die ganze schwere Verantwortung der Regierung auf Ihren Schultern liegt. Bilden Sie sich nicht ein, daß wir auch nur in einer Richtung für die Staatsgeschichte auch nur eine Hand rühren! Fragen Sie sich dann am Schluß Ihrer Aktion, wo Ihre Wähler geblieben sind, wenn die Not zum Himmel schreit!“

Diese Worte hat nicht etwa in höchster revolutionärer Einnahme ein Kommunist hervorgebracht, sondern der volksparteiliche Rechtsanwalt Ewers. Nachzusehen im amtlichen Stenogramm der Sitzung vom 29. Oktober, und dahinter stehen die Worte: Beifall rechts! Gleich darauf gingen die Herren allerseits befriedigt nach Hause und bestellten die ersten Flugblätter: „Wer am Wohl unserer Vaterstadt selbstlos mitarbeiten will um...“

Wir wollen den Faden dieser seltsamen vaterstädtischen Erwärmung nicht weiter ausspinnen. Aber vielleicht geht auch den unpolitischen Wählern Lübeds ein Licht auf, daß die Sozialdemokratie sich für die ihr zugedachte Rolle bedanken muß.

Es kommen unangenehme Sachen für die Hausbesitzer. Die bürgerlichen Parteien drücken sich und schieben die Verantwortung auf die Sozialdemokraten, die nicht ablehnen können. Dann kommen wieder unangenehme Sachen für die kleinen Mieter. Wieder muß die Sozialdemokratie annehmen und die Kommunisten fangen an zu prügeln. So mußten die Sozialdemokraten fortwährend die Verantwortung tragen für die Regierungsmahnahmen eines Senats, den die bürgerlichen Parteien in seiner Mehrheit für sich in Anspruch nahmen, dem sie aber bei jeder Gelegenheit ihre Unterstützung versagten. Immer dann verjagen, wenn unangenehme Dinge zu bewilligen sind.

Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion hat sich den staatlichen Notwendigkeiten nie verweigert. Sie war immer bereit, auch die unangenehmsten Erfordernisse vor ihren Anhängern dann zu vertreten, wenn sie durch unsere Not oder durch die traurige Finanzlage des Staates notwendig waren. Sie war sehr oft sogar gezwungen, die Verantwortung für diese Dinge allein auf ihre Schultern zu nehmen.

Aber eine Gegenforderung mußte sie dabei aufstellen. Ohne diese war ihre Politik auf die Dauer unmöglich. Sie mußte ihren Wählern nicht nur mit wirtschaftlicher Belastung kommen, sondern sie brauchte auch positive, politische Erfolge im Staatsleben als Ausgleich. Wenn auch diese Erfolge naturgemäß sehr oft nur sehr geringer Natur sein konnten.

Mehr und mehr verließ sich der Senat in seiner bürgerlichen Mehrheit diesen Notwendigkeiten in den letzten Jahren. Unter dem psychologischen Einfluß der aufkommenden bürgerlichen Reaktion.

Das mußte selbstverständlich die sozialdemokratische Partei veranlassen, eine politische Klärung zu verlangen: Wer trägt mit uns die Verantwortung für den Senat? Und wie groß ist der Anteil der Verantwortung, den wir tragen können und tragen müssen.

Ebenso groß wie unser Verantwortungsanteil muß auch unser Regierungseinfluß sein.

Kann es eine klarere und geradere Politik geben? Kein bürgerlicher Politiker hat es bisher gewagt, gegen diese politische Linie zu polemisieren.

Wir werden auch für die Zukunft diese Forderung aufstellen! Nur diese politische Klarheit und Festigkeit gibt uns die Möglichkeit, unsern Staat und seine Finanzen wieder auf die Beine zu bringen.

In weiteren Artikeln werden wir die politischen und wirtschaftlichen Absichten der Sozialdemokratie in Lübeck weiter darlegen.

Uns scheint das eine bedeutend wichtigere Aufgabe zu sein als die Beschäftigung mit der Sozialdemokratenkläckerlei, die einige mehr oder weniger bedeutende Schriftsteller seit Wochen hier in Lübeck betreiben.

Kriegsraf.

Frau Meier seht hi Nahern Küch,
gemüthlich achtern Kaffeedisch
mit Schotter Mästerich und Frau Hahn...

Dr. Lammann.

Der Hauptspieß im Wahlkampf!

Der Hauptspieß im Wahlkampf steht noch aus.
Er wird am Sonntag im General-Anzeiger aufhängen.
Der volksparteiliche Führer, Rechtsanwalt Hans Ewers...

Wir betonen ausdrücklich, daß das Schreiben vorliegt und
jedenfalls Sonntag morgen im General-Anzeiger veröffentlicht wird.
Der Öffentlichkeit Lübecks möchten wir die Vorrede auf dieses
freundliche Ereignis nicht vorenthalten.

Wie uns loben mitgeteilt wird, beabsichtigt die
Streckenbahn, für Herrn Ewers einige Sonderwagen herrichten zu lassen.
mit größter Eingangsstüren und breiten Sitzgelegenheiten.

Allerdings wird von anderer Seite behauptet, daß die
angehene „Ewerwagen“ keineswegs Sonderwagen sind, sondern
gewöhnliche Wagen, weshalb er sich plötzlich einer ähnlichen
Behandlung wie Herr Dr. Benda unterziehen muß.

Was das jedoch keine Leberkrankheit manömal für kata-
strophale Auswirkungen hat!

Kommunistisch-faschistische Verdrüherung.

Wohin geht die Reise der R. A. D.? Der Schleier ist
gefallen! Die kommunistische Partei hat sich gestern abend im
Rollekheim entspannt und die der Deutschsozialistischen nicht minder.

Wollt man die erste Bruchstunde unter dem jubelnden
Beifall deutschsozialistischer und kommunistischer Halbstarke, und stellte
dann etwas rästelhaft seine völkische Abstammung fest; da sein
Vater ein Pferd und seine Mutter ein Esel, so könne man ihm
nicht vorwerfen, daß er ein Ränger sei, sondern er sei in Gottes-
namen ein Maulesel.

Man muß die Dinge nehmen wie sie sind. Die Kommu-
nistische Partei steht infolge ihrer plötzlichen national-demoga-
gischen Spitze vor einer Spaltung in eine moskauvertreue und in eine
national-faschistische Hälfte. Wohin die Führer sich schlagen,
das ist noch ungewiß. Einsteilen ist die brüderliche Einheits-
front fertig: Wittern - Remmle - Volt - Ros.

Die Beamtenpolitik der Sozialdemokratie.

Beamten- und Angestelltenversammlung im Marmorjaal.

Genosse Haut

Am Mittwoch fand im Marmorjaal eine von der Sozialdemo-
kratie einberufene Versammlung statt, die sich mit der Bürger-
schaftswahl beschäftigte und in der hauptsächlich die Beamten- und
Angestelltenpolitik im Reich und in Lübeck besprochen wurde.

Als ein langweiliger Schwärmer produzierte sich wie üblich
der Kommunist Heilborn, der die Versammlung so lange
anderte, bis sie fast einstimmig die Wortentscheidung beschloß.

Reichstagsabgeordneter Genosse Steinkopf

behandelt die Reichspolitik und im besonderen die Be-
amtenfrage. Er zeigte in großen Strichen, wie Ruhrkampf, In-
flation, Währungs- und die politischen Bogen verlaufen, bis sie
mit dem parlamentarischen Apparat nicht mehr zu meistern
waren.

Man stand vor der Katastrophe, deren Ursache die
Satzung der Erfüllungspolitik durch die bürgerlichen Parteien war.
Man es nicht mehr anders ging, bekannte sich eine Partei nach
der anderen zu der von der Sozialdemokratie längst geforderten
Erfüllungspolitik, der Eraberger und Rathenau zum Opfer fielen.

Proletarier! Wohin geht die Reise? Wann werden allen
Proletariern die Augen aufgehen? Es steht heute so, daß ein
großer Teil der Kommunisten vor dem glatten Arbeitererrat nicht
mehr zurücktreten und zusammen mit Lubendorff die
Arbeiterbewegung zertrümmern will.

Jeder Arbeiter, der am 10. Februar kommu-
nistisch wählt, verrät die Vergangenheit und die
Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, unter
dem jubelnden Beifall des rückwärtlichen
Bürgertums. Arbeiter! Der Grund des Klassenverrats
ist geöffnet. Die kommunistische Partei ist sprunghaft um sich
hineinzukürzen. Kann ein ehrlicher Proletarier dabei Besolgs-
chaft leisten? Nein und tausendmal nein!

Proletarier! Haltet auf Ehrlichkeit in den eigenen Reihen.
Gebt den Verrätern Eurer Klasse, den plötzlichen Lubendorffreunden
am 10. Februar die Quittung.

Wählt als Protest einzig und allein die Liste Gustav
Chlers.

Die arbeitsscheuen Hausbesitzer.

Seht Euch die Liste an!

Ein kleiner Hausbesitzer schreibt uns: Der Grundeigen-
tümerversammlung macht große Reklame für die Bürger-
schaftswahl. Er liebt es hauptsächlich mit den kleinen Besitzern,
denn diese sind doch ausschlaggebend. Aber kann der kleine Mann
dem Grundeigentümerversammlung folgen? Nein. Denn sind in der
gesamten Liste von 80 Kandidaten Arbeiter zur Genüge ver-

fam, wie einleitend bemerkt, auf die bürgerlichen Vorwürfe seiner
angeblichen Beamtenfeindschaft zu sprechen und führte für die
Haltlosigkeit dieser Angriffe Tatsachen ins Feld. Er erklärte:
Von welcher Seite wurden am 9. September 1920 Anträge zur
Verbesserung der Besoldung der unteren Gruppen gestellt? Von
der sozialdemokratischen Bürgerfraktion. Und begründet
wurden diese Anträge von dem jetz. Beamtenreferent Haut. Wei-
tere Anträge: forderten Verleihung aller Beamten von Gruppe 2
in Gruppe 3, und aus Gruppe 3 Verleihung der Ranglisten und
Ranglisten nach Gruppe 4 ohne Steuern. Alle übrigen Beamten
der Gruppe 3 mit wenigen Ausnahmen wurden mit einem Stern
versehen. Diese Anträge: Hauts wurden mit einfacher Mehrheit
gegen die Stimmen der bürgerlichen angenommen. Herr Klein
war es, der sich gegen diese Anträge aussprach, und Herr Dr. von
Proden unterstellte uns parteipolitische Agitation. Dr. Steffen,
der damalige Vorsitzende des Lüb. Beamtenbundes, sprach sich
ebenfalls zu den Anträgen ablehnend aus. Als die sozialdemo-
kratische Fraktion am 13. September erklärte, auf ihrem Stand-
punkt zu verharrten, stimmte auch Herr Pauls vom Deutschnatio-
nalen Handlungsgehilfen-Bund gegen die Anträge. Ebenso
gaben der deutschnationale Professor Roth und der Demokrat Dr.
Göck ablehnende Erklärungen ab. Die bürgerlichen Parteien
wollten eben den unteren Gruppen nichts gewähren. Bei der
Abstimmung waren die gesamten bürgerlichen mit Ausnahme
Dr. Steffens gegen die sozialdemokratischen Anträge. Im Rück-
blick waren es wieder die sozialdemokratischen Vertreter, die für
den Aufstieg nach 10jähriger Dienstzeit gekämpft haben. Dieser
Gedanke kam überhaupt erst durch meine Anfrage zur Verhand-
lung, ebenso sorgte ich dafür, daß die am 1. 4. 20 dreißig Jahre
alten Ranglisten nach Gruppe 5 kamen. Die Sozialdemokraten
waren während auf dem Gebiet des Besoldungswesens, wie sie
auch die Mittel für die Beamtenunterstützungskasse bewilligten.
Allerdings wandten wir uns dagegen, daß einzelne Oberbeamte bis
6000 Mk. Aufbesserung erhalten haben. Doch in diesen Dingen der
Hausbesitzersauschusses mitwirkte, paßt den Oberbeamten natürlich
nicht. Wenn wir die Unterstützung des Beamtenhochschulungs-
Wesens ablehnten, so deswegen, weil keine Beamte sich im
vorigen Jahre überhaupt keinen Urlaub dort leisten konnten und
die höheren Beamten können ihren Urlaub selbst bezahlen. Ver-
logen ist auch der Vorwurf, daß wir uns allein gegen die Vorlage
beiz. Neufassung von Beamtenstellen gewandt hätten. Denn es
wird abschließend verschwiegen, daß die gesamten bürgerlichen Par-
teien auch dagegen stimmten.

Nun etwas von den Steuererhöhungen: Wir bewilligten
diese nur bis zur Gruppe 7, weil die Beamten in den unteren
Gruppen wieder einmal sehr weit weggekommen waren. Die pro-
zentuale Steigerung der Grundgehälter betrug damals in Gruppe
3: 24,3 Proz., 7: 35,2 Proz., 8: 45,3 Proz., 10: 56,3 Proz., 13:
113,9 Proz. Das Entgelt betrug in Gruppe 3 nach der Er-
höhung 23.760 Mk. (Steigerung 4653), in Gruppe 13 aber 105.600
Mk. (Steigerung 57.350); hinzu kommen noch Steuerermäßigun-
gen in Gruppe 3 von 150 Mk., in Gruppe 13 aber 5.280 Mk. Ein
solches Unrecht wollen wir nicht mitmachen. Wir werden trotz
aller Schimpereien nach wie vor für die Beamten eintreten. Wo
waren denn die bürgerlichen Parteien bei der Abstimmung über
den 8-Stunden-Tag? Sie blieben mit wenigen Ausnahmen auf
ihren Plätzen sitzen, aber in den Flugblättern und Subskriptionen
führen sie das große Wort. Heute machen sie große Verpfeh-
lungen, die sie nie zu halten gedenken. Wollen Sie Ihre Inter-
essen richtig gewahrt haben, dann müssen Sie für die Sozial-
demokratie eintreten und die Liste Gustav Chlers wählen.

Im Schlußwort wies Genosse Haut den Kommunisten
Heilborn energisch in die Schranken und empfahl ihm, sich
einmal in die Gegenläge der erfolglosen friedlichen englischen
und der gewalttätigen russischen Regierungsmethoden zu ver-
tiefen. Den Vorwurf, die Sozialdemokraten hätten Beamten-
interessen verletzt, weil sie den kommunistischen Antrag auf un-
geteilte Dienstzeit nicht unterstützten, kennzeichnete Haut als
Spiegelfechtere. In Rußland kümmern man sich um denartige
Forderungen nicht, dort dekretierte man einfach. Auch die Ab-
sicherung der Kommunisten rief er ihm unter die Nase. Sobald
sich die kommunistischen Schreier bedroht fühlen, laufen sie sich
bei den Sozialdemokraten die Hacken ab, damit diese ihnen helfen.
Die Sozialdemokratie habe gar keine Veranlassung, den kommu-
nistischen Agitationsanträgen Unterstützung zu leisten. Da sich
Heilborn über den zu seinen Ungunsten gefassten Beschluß der
Versammlung ärgerete, hatte er dieser mangelnden Erziehung vor-
geworfen. Genosse Haut erinnerte den Beschwerdeführer an die
Kadavrienen im Gewerkschaftshaus und an die Keuperung; die
Kommunisten würden Wolkoff und Leber über den Haufen
schleudern und unsere Versammlungen sprengen. Sie sollten erst
vor ihrer Tür stehen. Auch Herr Klein gab Genosse Haut
einige Rillen zu schluden. Bei den Vorgängen im August seien
35 Personen verprügelt und verletzt worden, zwei sind an den
Verletzungen gestorben, aber kein Schuldiger wurde gefunden. Da
müsse man sich doch an die Verantwortlichkeit halten. Im übrigen
seien die Kommunisten an den Unruhen nicht ganz unschuldig.

Genosse Steinkopf hob im Schlußwort noch besonders
heraus, daß die Dekretierung des 8-Stunden-Tages den Reichs-
beamten, gegen die einzig und allein die Sozialdemokratie Ein-
spruch erhoben habe, mit dem Ermächtigungsgesetz nichts zu tun
habe. Er wies ferner die kommunistische Behauptung zurück, daß
die Sozialdemokratie den Eisenbahnstreik sabotiert habe und
betonte zum Schluß den Gegensatz der kommunistisch-dik-
tatorischen und demokratisch-sozialistischen Staatsauffassung. Ein
kräftiges Hoch auf die Sozialdemokratie beendete die Versam-
lung.

reden, wo doch die meisten Mitglieder des Vereins sich als kleinen Hausbesitzer zusammenschließen? In der ersten Vorankündigung dieses Jahres, wo die Kandidatenliste aufgestellt wurde, wurde die 10. Stelle mit einem Renommierarbeiter besetzt. Und heute steht dort ein Beamter. Ist der Renommierarbeiter freiwillig zurückgetreten oder hat man ihn dazu veranlaßt? Der betreffende Arbeiter war ein Mann, zu dem mancher Kollege Vertrauen bekommen hätte, zumal angeblich keine Politik betrieben werden sollte. Dieser wird nun überhaupt nicht mehr in der Liste genannt, er soll sogar ausgestiegen sein. Die Gründe kann man sich wohl denken. Er hat das Vertrauen zu den Drahtziehern des Grundeigentümervereins verloren. Das sollte manchen kleinen Grundbesitzer ernstlich zum Nachdenken anregen. Zur Besammlungsbeschlus werden Kandidaten aufgestellt und der Vorstand nimmt dann einfach eine Veränderung vor und stellt Leute seinesgleichen neben sich. Es ist ja auch schöner im Ansehen, als wenn solch gewöhnlicher Arbeiter eventuell in die Bürgerliste eingehen würde. Aber man hat die 10. Stelle noch nicht! Dieses Verhalten sollte jeder Grundeigentümer, ob er dem Verste des Grundeigentümervereins wählen, sondern die

Liste Gustav Ehlers!

Der Lübecker Volksbote

mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage
Volk und Zeit

kostet vom 10. Februar ab wöchentlich 45 Pfg. Bist Du Abonnent des Lübecker Volksboten? Wenn nicht, dann erfülle als werteschaffender, freibeitlich gesinnter Mann alsobald Deine Pflicht. Es geht um Deine Sache. Seit Wochen steht die deutsche Arbeiterkassier im schwersten Abwehrkampf gegen ein starkes und geschlossenes Unternehmertum. Die nationalistiche Presse,

die Magd der oberen Volksschichten, arbeitet mit Hochdruck gegen die not- und hungerleidende Arbeiterkassier. Sie kennt nur eine Aufgabe: den Besitzenden zu dienen. Die Reaktionäre holen zum endgültigen Schläge gegen die Republik und gegen die Stützpunkte der Arbeiterbewegung aus. Dies erfordert die ganze Wachsamkeit der Werktätigen. In nächster Zeit wird, wie heute im Lübeckischen Staate, der Kampf um die

Macht im Reichsparlament

ausgesprochen. Da heißt es bereit sein! Die bürgerliche Presse macht mit den schönsten Reden für die Geldsacksinteressen Stimmung. Gebt ihr die richtige Antwort! Macht euch nicht mitschuldig an der Verkäufung des Volkes. Die bürgerlichen Zeitungen gehören in einer Zeit, da die Arbeiterkassier unter Anwendung aller Kräfte um den Achtstundentag und um den Bissen im Munde kämpfen, in keine Arbeiterwohnung! Jetzt gebietet der Ernst der Stunde, das Blatt der Werktätigen, den Lübecker Volksboten ins Haus zu nehmen! Die Selbstachtung muß jeden Arbeiter zwingen, statt einer bürgerlichen Zeitung seine Zeitung zu lesen!

Vor einem halben Jahrhundert hat Wilhelm Liebknecht einmal den Anspruch getan, die Presse sei ein wichtiges Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterkassier. Wenn sich die Arbeiterkassier dieses Mittels bemächtigte, dann werde die gleiche Presse ein ebenso wirksames Mittel zur Vertreibung der Arbeiterkassier werden. Dieses Wort des alten Führers ist niemals wahrer gewesen als heute, wo die deutsche Presse immer mehr in die Hände des Großkapitals kommt und die Zahl jener Blätter, die wirklich noch unabhängig und unbeflügelt ihre Meinung schreiben können, erschreckend zusammenschumpft. Der Kapitalismus hat erkannt, daß

die öffentliche Meinung

ein sehr gewichtiger Faktor ist, den man unbedingt braucht, wenn man Politik treiben will. Durchsicht man die bürgerliche Presse, so kann man tagtäglich nachweisen, wie die öffentliche Meinung mißbraucht, wie sie verzerrt und verfehlt wird mit allen Mitteln politischer Chemie. Die sozialistische Presse ist frei von all diesen Bestrebungen. Sie dient nur den Interessen der arbeitenden Massen, den Interessen der Leidenden und Unterdrückten.

Darum, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Freunde unserer Presse, werbt

unabhängig für den Lübecker Volksboten, führt ihm neue Leser und damit neue Kämpfer für den Sozialismus zu!

Wer ist der Feind des Bürgerturns?

Kommunistische Verleumdungen der Betriebsräte. Die niedrige Kampfesart der im Dienste des Großkapitals stehenden bürgerlichen Presse ist bekannt. In der Front gegen die Sozialdemokratie ist ihr ein Freund entstanden: „Der Kommunist“. So haben wir auch in Lübeck eine gemeinsame Kampfkraft nach jüdischem Muster gegen den Feind des Bürgerturns, gegen die Sozialdemokratie.

Vertrauensvoll wendet sich der Wirtschaftsbündler an den Jüngling J. H. Der weiß alles. Er weiß auch, daß die Sozialdemokratie schuld an der schlechten Bilanz der Unternehmer trägt, und in heulender Mut stellt er fest, daß sich die Lübecker sozialdemokratischen Funktionäre in den Betrieben für die Interessen ihrer Kollegen rückwärts eingekippt haben und sich mit ihrer Person dagegen stemmen, daß ihre Kollegen sich von einigen gewissenlosen Kommunisten aufpeitschen lassen.

Die sozialdemokratischen Betriebsräte, die im Kommunisten Ar. 4 namentlich aufgeführt werden, haben sich dafür eingesetzt, daß sich Not und Glend ihrer Kollegen durch Kämpfe und Putzsch, herbeigerufen durch fernstehende verantwortungslose moskowitzische Schuljünglinge, nicht noch vergrößere. Dieselben Funktionäre werden auch in Zukunft dafür eintreten, daß nicht nach Hamburger Art aus der Notlage der Arbeitnehmer für gewisse kommunistische Parteizwecke Riemen geschnitten werden.

Arbeiter und Angestellte! Haben die von J. H. herangezogenen Kämpfe in Mitteldeutschland, Oberschlesien, Rhein- und Ruhrgebiet und nicht zuletzt in Hamburg dazu beigetragen, daß die Lage der Arbeiterkassier auch nur im geringsten sich besserte? Im Gegenteil — nein — überall wo derartige Provokateure zeitweilig die Hand im Spiele hatten, hat sich die Lage der Arbeiterkassier traurig verschlechtert und die Folge war, daß auch an den von derartigen Putzsch verschont gebliebenen Gebieten den Unternehmern der Ramm schwoll, weil sie wußten, daß die Kampfkraft der Arbeiter durch die Tätigkeit der Freunde des Bürgerturns, die Kommunisten, geschwächt war. Die Kommunisten versuchen zur Freude des Unternehmertums die Gewerkschaften zu verschlagen und scheuen kein Mittel, die Arbeiterkassier zu schädigen. Es ist ja nicht das erstemal, daß Kommunisten die Unternehmer auf die Tätigkeit der BSW-Betriebsräte aufmerksam machen und die Unternehmer aufforderten, diese Funktionäre auf Straßenpflaster zu werfen. Das ist der Klassenkampf der KPD. des Lübecker Vertreters, der sich verschämt mit J. H. bezieht. Auf der einen Seite Kampf den Arbeitervertretern der BSW, auf der anderen Seite deutschjüdische Abzeichen. Hatte doch gerade Schreiber dieses bei den Vorparlamenten am 12. 8. Gelegenheit, einen der Provokateure als kommunistischen Volksredner kennen zu lernen, am Abend desselben Tages aber als deutschjüdischen Handwerksburschen hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Arbeiter, Angestellte! Am 10. Februar habt Ihr zu entscheiden, ob Eure politischen und gewerkschaftlichen Organisationen den schweren kommenden Kämpfen gegen rechts und links, gegen das Unternehmertum und seinen Helfershelfern gewachsen sind. Es ist nicht nur notwendig, daß Ihr Eure Stimme den Volksvertretern gebt, die die praktischen Erfolge auf ihrer Seite haben, sondern es ist die Pflicht eines jeden Klassenbewußten Proletariats, seine Organisation durch tätige Mitarbeit zu stärken. Kämpft gegen die Verleumdungen von rechts und links, kämpft mit der Sozialdemokratischen Partei für den Sieg der gesamten werktätigen Bevölkerung, wählt die

Liste Gustav Ehlers!

R. Meyer.

ph. Vermist wird seit Montag der Fährerlehrling K e h n e r, geb. am 20. 2. 07 zu Lübeck, wohnhaft: Fährerstraße 92. Der Vermistete ist 1,45 Meter groß, hat schwarzes Haar, dunkle Augen, absteigende Ohren und schmales Gesicht. Bekleidet war er mit blauer Schirmmütze, blauem Jodett, blaugrauer Weste, ebensolcher Hose und Marmal-Unterzeug. Da vermutet wird, daß sich der Vermistete ein Leid an den Händen, werden Personen, die über den zeitigen Aufenthalt des Vermisteten Auskunft geben können, ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Schlutup. Die Wirtschaftsgemeinschaft 1924 hatte zu Dienstag eine öffentliche Versammlung bei B ö g e r einberufen. Sprecher dieser neuen Heilsarmee waren die Herren Rechtsanwalt Ewers, Steffen und Wasserbaudirektor Lichtweih. Wer geglaubt hatte, hier etwas Neues zu hören und die Aufzählung des Programms dieser Wirtschaftsgemeinschaft zu erleben, sah sich sehr enttäuscht. Derselbe Ton, dieselbe Art des Kampfes wie beim Volkseigenen. Nach welcher Richtung die Wirtschaftsgemeinschaft in Zukunft ihre Arbeit einzusetzen gedenkt, verriet Herr Ewers, indem er in einer Art, die den ironischen Haß erkennen ließ, erklärte: „Unser Hauptziel ist, Dr. Leber, den wir als das Unglück Lübeds betrachten, aus Lübeds Mauern zu verjagen. Mit Schimpf und Schande müßte dieser Mann Lübeck verlassen. Auch ein Programm. Für den notwendigen Humor sorgte Herr Rauhertbecker Steffen, welcher in der Versammlung als Clown auftrat. Er rief denn auch mit seinen geistreichen Ausführungen die reinsten Lachjahren hervor, was ihn natürlich nicht abhielt, sich selbst noch zu beweihräuchern, indem er meinte, die Versammlung müsse doch einsehen, daß er schlagfertig sei, was natürlich die Stimmung noch erhöhte. Als Diskussionsredner unserer Partei kennzeichnete Genosse M a i n h die geistige Qualifikation dieser Größen der Wirtschaftsgemeinschaft, die fastlich herzlich wenig, dagegen persönlich sehr viel auszuführen müßten. Die Sozialdemokratie hätte keine Ursache, in dasselbe Horn zu blasen, wie die Bürgerlichen, deren Kampfesweise, trotzdem sie versuchten, öffentlich davon abzurücken, dieselbe sei, wie die der Deutschjüdischen. Eine neue Probe von der geistigen Einstellung der Wirtschaftsgemeinschaft habe Herr Steffen gegeben, dem auch die elementarsten Kenntnisse über die Zusammenhänge in Wirtschaft und Politik abgingen, dessen Kenntnisse nicht einmal an die eines Durchschnittsarbeiters heranzureichen. Der starke Beifall, den die zahlreich in der Versammlung anwesende Arbeiterkassier Schluß dem Redner zollte, war ein Zeichen dafür, daß die Arbeiterkassier Schlutup sich bewußt ist, was sie von der Wirtschaftsgemeinschaft zu erwarten hat und daß es nichts anderes geben kann, als am 10. Februar ihre Stimme restlos der Liste Ehlers zu geben. Aber auch einem denkenden Teil der bürgerlichen Besucher der Versammlung wird hier ein Licht aufgegangen sein, wie es um die Interessenvertretung der Allgemeinheit bei den Wirtschaftsgemeinschaften bestellt ist. — In der Diskussion sprachen noch Ahrens und Rosengart von der KPD.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Santa-Theater. Heute Freitag 7 1/2 Uhr wird zum 20. Male die beliebte Operette „M u l l e r“ mit Denny Wahl, Gerd Charlier, Gertha Witt und Alta Hofer in den Hauptrollen gegeben. Sonnabend findet die Uraufführung von „D o l l y“ Operette in 3 Akten von Hugo Fuchs statt. Sonntag nachmittag 3 Uhr als Kinderoperette um ganz kleinen Preisen (Mt. 0,20 bis Mt. 1,00) „M a r und M o r i s“.

Wetterbericht.

(Von der Lauburgischen Wetterwarte in Möln.)
Möln, 7. Februar. (Nachdruck verboten.)
10. Februar: Bismlich kaltes, vielfach heiteres, trockenes Frostwetter, schwache NO- und SW-Winde, Temperatur sinkend.
11. Februar: Kälter, sonst Jordaner der herrschenden Witterung.
12. Februar: Witterungsumschlag: trübes, milderes Wetter mit kalten bis fürmlichen E- und SW-Winden, verbreitete Schneefälle; durchweg Tauwetter, außer Gebirgstellen.
13. Februar: Unbeständig, stark wolfig, böige starke West- und NW-Winde, Temperatur später unter dem Gefrierpunkt sinkend, zeitweise Schneefälle.
14. Februar: Kälter, zeitweise auflockernd, im Süden teilweise heiter, abflauende NW- bis N-Winde, zeitweise im Binnenlande Frost, meist trocken, im N. bis O. vereinzelte Schneefälle.
15. Februar: Bismlich heiteres trockenes Frostwetter mit mäßigen N- und NO-Winden, Temperatur sinkend.
16. Februar: Kälter, sonst Jordaner der bestehenden Witterung.

Heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus
Große
öffentliche Versammlung
Redner:
Reichstagsabgeordneter Dr. Curt Geyer
und Senator Mehrlein
Die Bürgerschaftswahl.

Lübecker Volksbote.
Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ zum Preise von wöchentlich 45 Pfg. ab 10. Februar zur freien Zustellung ins Haus.
Name: _____
Wohnung: _____

Amtlicher Teil

Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Feinblech, Stanz- u. Brechwerk G. m. b. H. in Lübeck wird zwecks Anordnung der Gläubiger über den Antrag des Verwalters auf Einleitung des Verfahrens mangels genügender Masse eine Gläubigerversammlung auf den 15. Februar 1924, vorm. 11 Uhr nach Zimmer Nr. 9 einberufen.
Lübeck, den 4. Februar 1924. (11753)
Das Amtsgericht, Mt. 2.

Bezirk Waldhusen.

Holzverkauf

Am Mittwoch, dem 13. ds. Mts. in der Gastwirtschaft von Ww. Borgwardt, Waldhusen.
Ab 10 Uhr vorm.: Holz Nr. 10—360.
Sortierte Donnerstämme, Stübl, Gr. Stüblt und Heide. 0,87 im amerik. Eichen-Nußholz; 6 rm Eichen-Wägle, 2 m lang; 65 rm Fichten-Rollen (Wägle), 2 m lang, 8—12 cm Ø; 7 rm Fichten-Rollen, 1 m lang, von 15 cm Ø an; 83 St. Fichten-Stangen I. Kl.; 541 St. Fichten-Stangen II. Kl.; 892 St. Fichten-Stangen III. Kl.; 1483 St. Fichten-Stangen IV. Kl.; 1280 St. Fichten-Stangen I. Kl.; 1780 St. Fichten-Böhlernstangen II. Kl.; 366 im Fichten-Stämme V. Kl.
Ab 3 Uhr nachm.: Holz Nr. 1010—1158.
Sortierte Donnerstämme, Stübl, Stüblt u. Heide. 14 rm Laubholz-Busch; 13 rm Laubholz-Schnüppel; 187 1/2 rm Fichten-Schnüppel.
Liste werden nicht ausgegeben. Auskunft erteilt die Revierverwaltung Waldhusen. (11738)
Waldhusen, im Februar 1924.
Der Revierförster.

Nichtamtlicher Teil

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
Am 5. Februar starb unser Kollege
Jonas Nilsson.
Ehre (11727) seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 9. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem Vorwerk Friedhof statt.
Die Ortsverwaltung

3 Jg. Mädchen, 18 J., welch. kochen kann, sucht Stellung z. l. S. (11740)
H. u. C 633 a. d. Exp. d. Bl.
Haus- und Mädchenkolosseum
für sofort gesucht. (11744)
Kronsförder Allee 25.

Deutscher Bauwerksbund
Nachruf.
Am 5. Februar starb unser Kollege
W. Hansen,
Travemünde
im Alter von 50 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonnabend, 8 Uhr, in Travemünde statt. (11758)
Der Vorstand.

Angehende (11756)
Verkäuferin
für Verkaufstand sofort gesucht. Zu werden 4—5 Uhr. Zentral-Theater.
Eaub. Frau I. Wasch u. Keimwaschelle. (11784)
H. u. C 667 a. d. Exp. d. Bl.
3-Zimmerwohnung, a. gleiche zu tauschen get. (Politenor Nord). Ang. u. C 664 a. d. Exp. d. Bl. (11749)

Tausche meine große 3-Zimmer-Wohnung am Hafen gegen eine große 3-Zimmer-Wohnung Politenor-Süd. Angeb. u. C 666 an die Expd. d. Blattes. (11778)

1 Paar fast neue Damen-halbhuhe, Größe 39, zu verkaufen. (11728)
Wittstraße 19 III r.

Gut erhalten, Leddiger-Rinderwagen z. verkaufen. St. W. 144 pt. (11741)

1 Partie Ferkel. (11785) Gewerbestr. 30.
3 Sah Zettel
bill. zu verkaufen. (11783)
Wittstraße, Gr. 12.
H. od. gr. Kinderwagen gel. Ang. u. Nr. u. C 665 a. d. Exp. d. Bl. (11776)
Gleg. Wadentostium zu vermieten. (11779)
Wittstraße, 60.
Damen-Wadentostium zu vermieten. (11768)
Kottwitzstraße 59 I r.
Damen-Wadentostium zu vermieten. (11754)
Ludwigstr. 66 I.

Vom Gewerbesten Briefkasten mit Inhalt: Geld, 4 Stempelpfaffen usw. verloren. Am Rückgabe bittet (11759)
Otte, Sadowstr. 36 II.

Wiederverkäufer kaufen
Rauhlabbat
Pfd. von 1.25 an und

Rauhlabbat
100 Schleifen von 1.45 an sowie alle
führenden Fabrikate zu und unter
Fabrikpreisen
daher
konkurrenzlos billig
bei (11781)
G. Grundmann
Tabakwaren-
Großhandlung
Lübeck
Schiffelbuden 32

Haub. Holentünger
Dauerwäpfe
bestes deutsches Fabrikat
Krautwollen 11739
in großer Auswahl!
Stufen
Aug. Janonsch,
Sandstraße 6.

Achtung!
Heute u. folgende Tage
Prima frisches
Kohlmeisch u. Wurst
Karl Lübker,
Schwöneckstr. 4
(11772)

Riesenmengen
Spiritosen
nur beste Qualitäten zu folgenden Preisen:
Doppel-Kümmel 35 % . . . Lt. nur 1.80
Weinbrand-Verschn. 35 % Lt. nur 2.25
Jamaika-Rum, Verschn. 40 Prozent Later nur 2.25
Feiner alter Weinbrand 50 Prozent Flasche 2.50
3/4-Ltr.-Flaschen 10% billiger.
G. Grundmann
Schlüsselstr. 32 Lübeck Telephon 418

Ganz Amerika weint Freudentränen

und hält sich den Leib vor Lachen über den größten Lustspielersieg aller Zeiten.
 Sie heulen vor Lachen! **„Er als Straßenschreck“** Sie winden sich Krümm!
 Harold Lloyd, der geniale amerikanische Künstler schlug den Weltrekord in diesem großen lustigsten und tollsten Film.
 Trotz der enormen Kosten für das alleinige Erstaufführungsrecht — Keine Preiserhöhung. 11787
 Kommen Sie früh, möglichst in den Nachmittagsstunden, denn viele müssen wie überall abends vor ausverkauften Häusern umkehren.

2. Programmnummer:
Auge um Auge
 Nassouhan, die Blume der Wüste.
 Schauspiel in 7 Akten.

Biophon

3. Programmnummer:
Die Rüsse des Ira Toscani
 Ein Firkusdrama in 5 Akten.
 Dressurchester Plel.

Dolly.

So ein Frauenmund, ein kleiner,
 kann entscheidend sein —
 über trauen darf ihm keiner.
 Denn sein „Ja“ heißt — „Nein“.
 Schönen Frau'n vertrau'n ist Narrheit,
 Denn sie sind wie der April.
 Eine Frau sagt nur die Wahrheit
 Wenn sie liegen will.

Zentral-Theater

Telephon 1359 u. 8956 Johannisstraße 25

Fatty im Mädchenpensionat

Amerikanische Groteske in 2 Akten.

Die Frau ohne Nerven

Die Käsel Afrika. — Raubtier- und Sensationsdrama in 6 Akten.

Die sterbende Stadt

Zeitbild in 6 Akten.

Spielzeit 4-11 Uhr.

(11771)
 Orchester-Musik.

Dolly.

In keinem Mann ist was d'r an
 Alles Schwindel, was er spricht, sagt Mama.
 Tritt er led an dich heran,
 Schlag dem Nicht in's Gesicht, sagt Mama.
 Doch hätte sie's so gemacht, die Mama,
 Wär ich garnicht auf der Welt
 tralala.

8 D. Maskenanzüge a.
 vermieten. (11777)
 Wakenhauer 1, II. links.

8 eleg. Maskenanzüge
 zu vermieten. (11778)
 Stavenstr. 88.

Herrn-Anzüge sowie
 Dam.-Kostüme u. Kleider
 werden billig gebügelt.
 11748; Wahrenstr. 46 1/2.

Hansa-Theater.
 Heute Freitag 7 1/2 Uhr:
 Zum



und letzten Male.
 Der große Lächerfolg
 222 Lächerföge

„Musch“
 mit Henry Vahl, Gerd
 Charlier, Hertha Witt
 Asta Holer
 in den Hauptrollen.

1. Akt: Lübecker Haupt-
 bahnhof. (11786)
 8. Akt: Bar(Fiebermunt).

Im 8. Akt: Java-Trotz
 getanzt von Hertha Witt
 und Gerd Charlier.

Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 Zum ersten Male
„Dolly“.

Operette in 3 Akten von
 Hugo Strich.

Sonntag nachm. 8 Uhr:
Kindervorstellung
 zu ganz kleinen Preisen
 (Mitt. 0.20 — Mitt. 1.00)

Mag u. Moll.

Des großen Andrangs
 wegen zu der Kindervor-
 stellung ist es ratsam, sich
 die Eintrittskarten mög-
 lichst schon einen Tag vor-
 her an der Theaterkasse
 von 11-1 Uhr und ab
 5 Uhr zu besorgen.

Sonntag und folgende
 Tage 7 1/2 Uhr:
„Dolly“.

Stadttheater Lübeck.

Sonnabend, 7.30 Uhr:
Der Bienenbaron.

Sonntag, 7.30 Uhr:
Bique Dame. (11747)

Abon.-Zahlungen vom
 von 10 bis 1 Uhr an
 der Theaterkasse.

Wir sind billig!

Bekannt reelles Einkaufshaus
 für Arbeiter und jeden Beruf.

Elegante Herrengarderoben:
 Starke Hosen, feldgrau 7.95. Buchst.-
 5.90. Bilor, 5.95. 6.80. Ranchester-
 u. eleg. astr. Hosen, Breches-
 hosen 6.95. 7.90. Anzüge 32.— u.
 besser, Peloterots 35.— u. besser.
 Mäntel, Konfirmationsanzüge, Le-
 denjoppen, Knabenanzüge, Summi-
 mäntel, schick, 23.80. Hüte, Mützen,
 Unterzeug, warm. Wäsche usw.

Starke Schuhwaren:

Herrnhiel 12.50, 17.50, 19.50. Da-
 menschuhe 9.45 u. besser. Kinder-
 hiel alle Größen. Arbeitshiel
 10.50. Schafwolle, Filzschuhe, „Pan-
 toffel, Holzpantoffel usw. (11785)

Elegante Damenkonfektion:
 Wintermäntel, schick 5.75, 12.50.
 Kindermäntel 4.—, 6.50. Elegante
 Jumper 6.75, Strickjaden 15.—
 Kleiderrocke 8.75, Blusen etc.

Reelle Aussteuer:

Schöne Kleiderstoffe 2.40, Schürzen-
 stoffe 1.—, Leinen 2.—, Plüsch 1.55,
 Jute 2.95, Seidenstoffe 2.50, Gar-
 dinen 1.50 per Meter usw.

Ehlers & Reetwisch
 Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

In der öffentlichen Versammlung in Schlutup
 am 2. Februar 1924 hat Herr Volk jun., den sich
 die Wölfschen für ihre Zwecke nach hier ver-
 schrieben haben, erklärt, die Juden seien im Welt-
 krieg 1914/18 nicht an der Front gewesen.
 Demgegenüber halten wir uns für verpflichtet, zur
 Steuer der Wahrheit folgende Tatsachen fest-
 zustellen:

Die Zahl der in Lübeck ansässigen Juden
 betrug im Jahre 1914 einschließlich aller Familien-
 angehörigen 600. Davon nahmen am Kriege teil
 106 Juden. Von diesen sind
 17 vor dem Feind gefallen,
 2 an der Front gestorben,
 36 Kriegsteilnehmer wurden verwundet,
 28 haben Kriegsauszeichnungen erhalten.

Eine Ehrentafel mit den Namen der gefallenen
 jüdischen Heiden, die in der hiesigen Synagoge
 angebracht ist, gibt jedem Zweifler die Möglich-
 keit der Nachprüfung. (11757)

Ähnlich liegen die Zahlenverhältnisse im
 ganzen Reich. Bei einer Seelenzahl von 550 000
 Juden (einschl. Familienangehörigen) haben 84 352
 am Kriege teilgenommen, davon rund 10 000
 freiwillig. Mehr als 10 000 sind an der Front
 gefallen (darunter bis zu 3 Söhnen derselben
 Familie). Mehr als 12 000 sind mit dem Eisernen
 Kreuz ausgezeichnet worden, 2022 Juden wurden
 zu Offizieren befördert.

Wir überlassen es dem Gerechtigkeits-
 sinn der Lübecker Bevölkerung, aus dieser völkischen
 Behauptung, die das Andenken unserer gefallenen
 Kameraden in den Schmutz zieht und die Gefühle
 ihrer Angehörigen aufs tiefste verletzt, selbst ihre
 Schlüsse zu ziehen.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.
 Ortsgruppe Lübeck.

Stadthallen

Lichtspiele.

Mühlenbrücke 18. Telephon 8749.

Heute und folgende Tage:

3. und 4. Teil

Tragödie der Liebe

mit Mia May und Emil Jannings

Wegen des großen Andrangs am
 Abend wird gebeten, die Nachmittags-
 Vorstellung zu besuchen.

Anfang: Nachmittags 4.30 Uhr,
 abends 7.30 Uhr.

Auf unsere Hausstapelle unter Leitung
 des Kapellmeisters Franz Gödel wird
 besonders hingewiesen. (11745)

Verstärktes Orchester.

Luisenlust.

Der Maskenball am Sonnab. d. 9. d. Mts.

wird bis auf weiteres verschoben.

Banndudeln	30
Va. Weizenmehl	18
Kreiselmehl	18
Berill	45
Eigen	80
Fleischbala	15
Streichhölzer	80
Zucker	42

C. Specht
 11774) Armatenstr. 1a.

Trocadero.

Schüsselbad. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr
 nachmittags:

Stimmungs-
Konzerte.

(11754)

General-

versammlung
 am Mittwoch,
 dem 13. Februar

abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Jugendgruppe.

2. Beschäftigung über
 Anteilnahme.

3. Beschaffung von Gel-
 dern für den Gütten-
 bau. (11755)

4. Vortrag: Ferienheim-
 genossenschaft.

5. Verschiedenes.

Gas cbm 21 Goldpf., Lichtstrom khw 65, Kraft-
 strom 80, Wasser cbm 15/80, beheizbare Räume mit
 Leistung 20, ohne Leistung 10 Goldpf. (11751)

Dolly.
 Begegne ich wo 'ner Kleinen,
 Schau erst ich nach den Weinen.
 Dann wissen wir Männer
 Gleich was, wie und wo.
 Denn geht du nach den Weinen,
 Bist du sofort in Reimen,
 Die machen dem Kenner
 Kein X für ein O. (11770)

Voranzeige!

Gr. Maskenball
 verbunden mit
Kappenfest
 am Sonntag, d. 17. Febr.
 im Gewerkschaftshaus

vom (11765)
Gesangverein Einigkeit St. Gertrud von 1896.
 Eintrittspreis Herren Mk. 1.—, Damen Mk. 0.80
 Eintrittskarten für Mitglieder sind zu haben
 bei K. Stüve, Loignysstraße 7-9 pt.
 Der Vorstand.

Dolly.

Wenn ich bei Didi bin, dann geht's mir wonnig
 Wenn ich bei Didi bin, ichmecht alles süß
 Denn nur bei Didi ist das Leben sonnig
 Denn nur bei Didi ist mein Paradies.
 Ihr Engelchen der dich hoch in Himmelsträumen,
 Wenn du die Freud doch, leid nenn, ach ja,
 Und lass mich immerzu von Didi träumen,
 Ach Didi, Didi du, mein Goldpapa.

Großes Auspielen

von **Kauchfleisch** und **Wurstwaren**
 anj einem Tischbillard

am Sonntag, dem 10. Februar und Montag,
 dem 11. Februar, Anfang morgens 11 Uhr,
 im **Restaurant „Zum allen Scheidenland“**
Jadenberger Allee 76. (11767)

Es ladet freundlich ein **Gustav Krohn.**

Restaurant „Zum Leuchtturm“

Köttcherstraße 18
Großes Auspielen von Kauchfleisch, Wurst usw.

am Sonntag, d. 10. Febr. u. Montag, d. 11. Febr. 1924
 Anfang morgens 10 Uhr. Eintrag 50 Pf.

Dierzu ladet freundl. ein **Paul Schneldewind.**
 NB. An beiden Tagen bis 1 Uhr geöffnet. (11766)

Ganz Amerika weint Freudentränen

und hält sich den Leib vor Lachen über den größten Lustspielersfolg aller Zeiten.

Sie heulen vor Lachen! **„Er als Straßenschreck“** Sie winden sich krumm!

Harald Lloyd, der geniale amerikanische Künstler schlug den Weltrekord in diesem großen lustigsten und tollsten Film, trotz der enormen Kosten für das alleinige Erstaufführungsrecht — keine Preiserhöhung. 11787

Kommen Sie früh, möglichst in den Nachmittagsstunden, denn viele müssen wie überall abends vor ausverkauften Häusern umkehren.

2. Programmnummer:

Auge um Auge
Hassouhan, die Blume der Wüste.
Schauspiel in 7 Akten.

Biophon

3. Programmnummer:
Die Rüsse des Ira Toscani
Ein Zirkusdrama in 5 Akten.
Dressurchester Piel.

Dolly.

So ein Frauenmund, ein kleiner,
kann entzückend sein —
Aber trauen darf ihm keiner,
Denn sein „Ja“ heißt — „Nein“.
Schönen Frau'n vertrau'n in Wahrheit,
Denn sie sind wie der April.
Eine Frau sagt nur die Wahrheit
Wenn sie lügen will.

Zentral-Theater

Telephon 1359 u. 8956

Johannisstraße 25

Fatty im Mädchenpensionat

Amerikanische Grotteske in 2 Akten.

Die Frau ohne Nerven

Die Räuber Africas. — Koubrier- und Sensationsdrama in 8 Akten.

Die sterbende Stadt

Spielzeit in 6 Akten.

(11771)

Spielzeit 4 - 11 Uhr.

Orchester-Musik.

Dolly.

Ein keinem Mann ist was d'raus
Alles Schwimbel, was er spricht, sagt Mama.
Tritt er led an dich heran,
Schlag dem Wicht in's Gesicht, sagt Mama.
Doch hätte sie's so gemacht, die Mama,
Wär ich garnicht auf der Welt
tralala.

8 E.-Maskenanzüge a.
vermieten. (11777)
Wakenigmauer 1, II. Hntk.

8 eleg Maskenanzüge
zu vermieten. (11778)
Stavenstr. 38.

Herren-Anzüge sowie
Dam.-Kostüme u. Kleider
werden billig gebügelt.
11743; Wahrenstr. 46 a.

Hansa-Theater.
Heute Freitag 7 1/2 Uhr:
Zum



und letzten Male.
Der große Laderfolg
222 Nachhaber

„Muschi“
mit Henry Vahl, Gerd
Charlier, Hertha Witt u.
Asta Hoier
in den Hauptrollen.

1. Akt: Lübecker Haupt-
bahnhof. (11766)
3. Akt: Bar/Fiedermaus.
Im 8. Akt: Jovotz
getanzt von Hertha Witt
und Gerd Charlier.

Sonntabend, 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male

„Dolly“
Operette in 8 Akten von
Hugo Fricke.

Sonntag nachm. 8 Uhr:

Kindervorstellung
zu ganz kleinen Preisen
(Mt. 0.20—Mt. 1.00)

Mar u. Molly.

Des großen Andranges
wegen zu der Kindervor-
stellung ist es ratsam, sich
die Eintrittskarten mög-
lichst schon einen Tag vor-
her an der Theaterkasse
von 11—1 Uhr und ab
5 Uhr zu besorgen.
Sonntag und folgende
Tage 7 1/2 Uhr:
„Dolly“

Stadttheater Lübeck.

Sonntabend, 7.30 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Sonntag, 7.30 Uhr:
Bique Dame. (11747)
Abon.-Zahlungen vorm.
von 10 bis 1 Uhr an
der Theaterkasse.

Wir sind billig!

Bekannt reelles Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.

Elegante Herrengarderoben:

Starke Hosen, Feldgrau 7.95, Wachstuch
5.90, Nilor, 5.95, 6.80, Manchester
u. eleg. astr. Hosen, Breches-
hoien 6.95, 7.90, Anzüge 32.— u.
besser, Paletots 38.— u. besser,
Wäcker, Konfirmationsanzüge, So-
denjoppen, Anabenanzüge, Wumm-
mäntel, Tisch, 24.80, Güte, Mützen,
Unterzeug, warm. Wäsche usw.

Starke Schuhwaren:

Herrenstiefel 12.50, 17.50, 19.50, Da-
menschuhe 8.45 u. besser, Kinder-
stiefel alle Größen, Arbeitsstiefel
10.50, Schattstiefel, Filzschuhe, Pant-
stoffel, Holzpannstiefel usw. (11789)

Elegante Damenkonfektion:

Wintermäntel, jecht 5.75, 12.50,
Kindermäntel 4.—, 6.50, Elegante
Jumper 6.75, Strickjacken 15.—
Kleiderstoffe 3.75, Klauen etc.

Reelle Aussteuer:

Schöne Kleiderstoffe 2.40, Schürzen-
stoffe 1.—, Leinen 2.—, Flaus 1.55,
Jahres 2.95, St. effatin 2.50, Gar-
dinen 1.80 per Meter usw.

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

In der öffentlichen Versammlung in Schlußtop
am 2. Februar 1924 hat Herr Wold jun., den sich
die Wölfschen für ihre Zwecke nach hier ver-
schrieben haben, erklärt, die Juden seien im Welt-
krieg 1914/18 nicht an der Front gewesen.
Demgegenüber halten wir uns für verpflichtet, zur
Steuer der Wahrheit folgende Tatsachen fest-
zustellen:

Die Zahl der in Lübeck ansässigen Juden
betrug im Jahre 1914 einschließlich aller Familien-
angehörigen 600. Davon nahmen am Kriege teil
106 Juden. Von diesen sind
17 vor dem Feind gefallen,
2 an der Front gestorben,
36 Kriegsteilnehmer wurden verwundet,
28 haben Kriegsauszeichnungen erhalten.

Eine Ehrentafel mit den Namen der gefallenen
jüdischen Helden, die in der hiesigen Synagoge
angebracht ist, gibt jedem Zweifler die Möglich-
keit der Nachprüfung. (11757)

Ähnlich liegen die Zahlenverhältnisse im
ganzen Reich. Bei einer Seelenzahl von 550 000
Juden (einschl. Familienangehörigen) haben 84 352
am Kriege teilgenommen, davon rund 10 000
freiwillig. Mehr als 10 000 sind an der Front
gefallen (darunter bis zu 3 Söhnen derselben
Familie). Mehr als 12 000 sind mit dem Eisernen
Kreuz ausgezeichnet worden, 2022 Juden wurden
zu Offizieren befördert.

Wir überlassen es dem Gerechtigkeitsförm
der Lübecker Bevölkerung, aus dieser völkischen
Behauptung, die das Andenken unserer gefallenen
Kameraden in den Schmutz zieht und die Gefühle
ihrer Angehörigen aufs tiefste verletzt, selbst ihre
Schlüsse zu ziehen.

Reichsbund jüdischer Frontkämpfer.
Ortsgruppe Lübeck.

Stadthallen

Lichtspiele.

Mühlentorbrücke 18. Telephon 8749.

Heute und folgende Tage:

3. und 4. Teil

Tragödie der Liebe

mit Mia May und Emil Jannings

Wegen des großen Andrangs am
Abend wird gebeten, die Nachmittags-
Vorstellung zu besuchen.

Anfang: Nachmittags 4.30 Uhr,
abends 7.30 Uhr.

Auf unsere Hauskapelle unter Leitung
des Kapellmeisters Franz Adol wird
besonders hingewiesen. (11745)

Verstärktes Orchester.

Luisenlust.

Der Maskenball am Sonnab. d. 9. d. Mts. verschoben.

Bandnudeln	30	4
Ba. Weizenmehl	18	4
Reisemehl	18	4
Beril	45	4
Eign	30	4
Welschbohne	15	4
Streichholz	30	4
Zucker	42	4

G. Specht
11774) Arminstr. 1 a.

Trocadero.

Schlüsselbau, 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr
nachmittags:

**Stimmungs-
Konzerte.**



Außerordentliche
**General-
versammlung**
am Mittwoch,
dem 13. Februar
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Z Tagesordnung:

1. Jugendgruppe.
2. Berichtsjahresbericht über
Anlieger.
3. Beschaffung von Gel-
dern für den Pflanz-
bau. (11755)
4. Vortrag: Ferienheim-
genossenschaft.
5. Verschiedenes.

Das cbm 21 Goldpf., Lichtstrom khw 35, Kraft-
strom 80, Wasser cbm 15/30,heizbare Räume mit
Ventung 20, ohne Ventung 10 Goldpf. (11761)

Voranzeige!

Gr. Maskenball
verbunden mit
Kappenfest
am Sonntag, d. 17. Febr.
im Gewerkschaftshaus
vom (11765)
Gesangsverein Einigkeit St. Gertrud von 1896.
Eintrittspreis Herren Mk. 1.—, Damen Mk. 0.80
Eintrittskarten für Mitglieder sind zu haben
bei K. Stäve, Loignystraße 7—9 pt.
Der Vorstand.

Dolly.

Wenn ich dich sehe, dann geht's mir wonnig
wenn ich dich sehe, dann geht's mir wonnig
Denn nur bei dich ist das Leben sonnig
Denn nur bei dich ist mein Paradies.
Sey du mein Glück und mein Glückseligkeit,
Sey du mein Glück und mein Glückseligkeit,
Und laß mich mit dir von dich träumen,
Ich dich, dich du mein Goldpapa.

Großes Auspielen von Rauchfleisch und Würstwaren

am Sonntag, dem 10. Februar und Montag,
dem 11. Februar, Anfang morgens 11 Uhr,
im Restaurant „Zum alten Schreibhand“
Judenburger Allee 76. (11767)
Es ladet freundlichst ein
Gustav Krohn.

Restaurant „Zum Leuchtturm“

Köttcherstraße 18
Großes Auspielen von Rauchfleisch, Würst usw.
am Sonntag, d. 10. Febr. u. Montag, d. 11. Febr. 1924
Anfang morgens 10 Uhr. Eintrag 50 Pf.
Dazu ladet freundl. ein Paul Schneidewind.
NB. An beiden Tagen bis 1 Uhr geöffnet. (11764)

Dolly.

Begegne ich wo 'ner Kleinen,
Schau erst ich nach den Weinen.
Dann wissen wir Männer
Gleich was, wie und wo.
Denn geht du nach den Weinen,
Bist du sofort in Reimen,
Die machen dem Kenner
Rein & für ein O. (11770)